

Antragsbuch

**Ordentlicher Unterbezirksparteitag
SPD Oldenburg-Stadt**

Samstag, den 27. April 2019
Stadthotel Eversten

Antragsübersicht

UB-Parteitag SPD Oldenburg-Stadt 27.04.2019

Leitanträge

L 1 Leitantrag Soziales

- ÄS 1 Vermögenssteuer wieder einführen
- ÄS 2 Änderungsantrag zum Leitantrag

L 2 Leitantrag Verkehr

- ÄV 1 Änderungsantrag zum Leitantrag
- ÄV 2 Änderungsantrag zum Leitantrag
- ÄV 3 Änderungsantrag zum Leitantrag
- ÄV 4 Änderungsantrag zum Leitantrag
- ÄV 5 Änderungsantrag zum Leitantrag
- ÄV 6 Änderungsantraf zum Leitantrag

Antragsbereich Bildung (B)

- B 1 A 13- Für alle
- B2 Kostenlose Bildung für Alle

Antragsbereich Finanzen (F)

- F 1 Reform von Erbschafts- und Schenkungssteuer
- F 2 Gemeinnützigkeit für NGOs schützen
- F 3 Recht auf Onlinebanking
- F 4 Mehrwertsteuer für Kinderprodukte

Antragsbereich Feminismus (FEM)

- FEM 1 Parité

Antragsbereich Gesundheit (G)

- G1 Zeitgemäße Drogenpolitik
- G2 Aufhebung des Rentabilitätssystems und Einführung des Fürsorge- und Versorgungssystems im Gesundheitswesen
- G 3 Sexualassistentz

Antragsbereich Kommunales (K)

- K 1 Erbbaurecht bei Grundstücksverkäufen
- K 2 Solidarität mit Fridays for future

Antragsbereich Partei (P)

- P 1 Beitragsfreistellung für Langjährige Mitglieder
- P2 Transparenz in der Antragsbearbeitung

Antragsbereich Soziales (S)

- S 1 Abgeltungssteuer Abschaffen
- S 2 Busfahren für 1€am Tag
- S 3 Daseinsvorsorgen verstaatlichen!
- S 4 SGB II/ SGBIII Meldewesen hinsichtlich Wirksamkeit und Sinn hinterfragen
- S 5 Ein einheitliches Rentensystem für alle
- S 6 Kehrtwende in der Rentenpolitik

Antragsbereich Verkehr (V)

- V 1 Fahrradstraße zwischen Sandkrug und Oldenburg
- V2 Parteitag Verkehr
- V 3 Haltepunkt Drielake

Antragsbereich Umwelt (U)

- U 1 Forschungs- und Entwicklungsmittel

Antragsbereich Wirtschaft (W)

- W 1 Fördermaßnahmen für kleine Wind-Kraft-Anlagen/ Solaranlagen
- W 2 Ausweisung von Flächen zur Installation von Windkraftanlagen (WKA)
- W 3 Wasserstoffbetriebene Kraftfahrzeuge
- W 4 Bonitätsprüfung
- W 5 Nachhaltiger Einsatz für Erneuerbare Energie

1 **Leitantrag Soziales**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **Unterbezirksvorstand**

5 **TEILHABE ERMÖGLICHEN UND KOMMUNALE**
6 **SOLIDARITÄT SICHERSTELLEN**

7 **Präambel**

8 Die hohe Lebensqualität und Zufriedenheit innerhalb der Bevöl-
9 kerung Oldenburgs ist unter anderem Ausdruck einer guten
10 kommunalen Sozialpolitik. Ein Ergebnis jahrzehntelang sozial-
11 demokratisch geprägter Politik.

12 Sozialpolitik unterliegt stets dem Wandel der Zeit und muss sich
13 den Herausforderungen stellen. Ob Arbeitsmarkt oder politische
14 Veränderungen und Umbrüche in der Welt, in Europa und
15 Deutschland, viele Veränderungen wirken sich auch auf das so-
16 ziale Miteinander in unserer Stadt Oldenburg aus. Sozialpolitik
17 soll Lebensrisiken absichern, erschwerte, sozial bedingte Le-
18 benssituationen abmildern und die Altersversorgung gewährleis-
19 ten.

20 Teilhabechancen erhöhen und Isolation minimieren sind zwei
21 wesentliche Eckpfeiler kommunaler Sozialpolitik.

22 Bei vielen Menschen ist das Vertrauen in die Politik erschüttert.
23 Sie stellen den Glauben an eine soziale und gerechte Ausgestal-
24 tung unserer sozialen Systeme bis hin zu Prinzipien einer offen
25 Gesellschaft in Frage. Die SPD muss diesen Entwicklungen eine
26 starke, von Solidarität geprägten Politik entgegensetzen.

27 Die SPD streitet auf allen Ebenen für eine Gesellschaft, die den
28 Einzelnen achtet, sozial absichert und das Gemeinwohl fördert.
29 Wir sind überzeugt, dass die menschenwürdige Absicherung für
30 eine zukunftsfeste Ausgestaltung unserer Gesellschaft und der
31 Europäischen Union unerlässlich ist. Wir kämpfen für die materi-
32 elle Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben aller Menschen
33 und ihre Anerkennung als gleichwertige Mitbürger*innen.

34 Die SPD steht zu ihrer Überzeugung, Vielfalt und das solidari-
35 sche Zusammenleben in unserer Gesellschaft zu stärken. Solidari-
36 tät über Generationen und Herkunft hinweg hält unsere Gesell-
37 schaft zusammen. Diese Überzeugung vertreten wir auf europäi-
38 scher Ebene und haben für unsere Stadt gleiche Bedeutung.

39 Wir wollen ein Europa der Arbeit und Solidarität. Die wirtschaftli-
40 chen Grundfreiheiten des Binnenmarktes dürfen keinen Vorrang
41 vor sozialen Grundrechten haben. Wir wollen europaweit gesi-
42 cherte Arbeitnehmer*innenrechte, gute Löhne und guten Arbeits-
43 und Gesundheitsschutz. Wir wollen einen europäischen Zusam-
44 menschluss gegen Lohn- und Sozialdumping, der gemeinsame
45 Standards für existenzsichernde Mindestlöhne festlegt. Und wir
46 wollen ein soziales Europa, das die Mitbestimmung der Arbeit-
47 nehmer*innen sichert und ausbaut. Das Prinzip des gleichen

48 Lohns für die gleiche Arbeit am gleichen Ort ist für uns maßge-
49 bend. Lasst uns weiter für ein Europa der guten Arbeit und der
50 sozialen Gerechtigkeit kämpfen.
51

52 Das soziale Europa erreichen wir nur gemeinsam. Deswegen
53 stehen wir gemeinsam gegen Spaltung und Populismus. Ge-
54 meinsam für gute Arbeit, Mitbestimmung und Frieden.
55

Soziale Daseinsvorsorge sicherstellen

56 Zentrale Aufgabe der sozialen Daseinsvorsorge ist es, allen
57 Menschen gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

58 Wir sind aufgefordert, die soziale Infrastruktur zu erhalten und
59 auszubauen.

60 Die über Jahre vorangetriebene Deregulierung und die zuneh-
61 mende Steuerung der sozialen Daseinsvorsorge über den Markt
62 gefährden die Qualität der Versorgung.

63 Nach einer langen Phase der Deregulierung und Privatisierung
64 fordern wir eine Re-Kommunalisierung.
65

Soziale Sicherung der Zukunft

67 Die digitale Revolution verändert die globale Arbeitswelt. Dieser
68 Prozess beherbergt gleichsam Chancen und Risiken.

69 Die Digitalisierung schafft neue Arbeitsplätze und bisher unbe-
70 kannte Berufe. Arbeitsprozesse werden mithilfe digitaler Instru-
71 mente und Methoden in vielen Bereichen erleichtert.

72 Zur Wahrheit gehört aber auch: Große Teile der Bevölkerung
73 könnten vom wirtschaftlichen Fortschritt abgekoppelt werden.
74 Haushalte mit mittlerem Einkommen zahlen hohe soziale Abga-
75 ben und Steuern. Gleichzeitig entziehen sich Konzerne und Kapi-
76 talbesitzer*innen immer unsolidarischer der Besteuerung, wäh-
77 rend es überall an staatlichen Mitteln für Bildung und Sozialsys-
78 teme mangelt. Im Zuge der Digitalisierung wird sich auch der
79 lange bestehende Trend der Arbeitsverdichtung weiter fortsetzen
80 und beschleunigen.

81 Schutzmechanismen des Arbeitszeitgesetzes wie z. B. Pausen-
82 vorschriften und Höchstarbeitszeiten müssen erhalten, stärker
83 überwacht und gegebenenfalls im Sinne der Arbeitnehmer*innen
84 angepasst werden. Dies gilt insbesondere für die schleichende
85 Vermischung von Arbeit und Freizeit durch ständig verfügbare
86 Zugänge zur Arbeit.

87 Hierzu bedarf es

- 88 ➤ Arbeitnehmer*innenfreundlichere Arbeitszeitmodelle das
89 Recht auf Nichterreichbarkeit und ausreichende Ruhezei-
90 ten
- 91 ➤ ein Anspruch auf vorübergehendes Arbeiten in Teilzeit
- 92 ➤ ein Verbot jeglicher unbotmäßigen Überwachung am Ar-
93 beitsplatz
- 94 ➤ einen Kampf gegen Scheinselbständigkeit bei Dienstleis-
95 tungsplattformen
- 96 ➤ den Ausbau der Mitbestimmung
- 97 ➤ das Recht auf ausreichende Weiterbildung.

98

99 Als Sozialdemokrat*innen wehren wir uns gegen Armuts-
100 löhne. Der Bezug des Mindestlohns darf nicht dazu führen,
101 dass die Betroffenen armutsgefährdet sind. In der Armuts-
102 forschung gelten aber 60 % des Durchschnittseinkommens
103 als untere Grenze, bei der die Armutsgefährdung beginnt –
104 Stichwort „relative Armut“. Löhne unterhalb dieser Grenze
105 können wir daher nicht vertreten.

106 ➤ Die Höhe des Mindestlohnes soll zukünftig nicht mehr
107 von einer Kommission bestimmt werden. Stattdessen
108 soll als fester Wert der Mindestlohn auf deutlich über 60
109 % des statistisch ermittelten durchschnittlichen Stunden-
110 lohns gesetzt werden.

111 Darüber hinaus fordern wir

112 ➤ Die Einführung einer Luxus- und Vermögenssteuer sowie
113 einer Digitalsteuer für multinationale Unternehmen
114 ➤ ein gerechtes Sozialversicherungssystem auf europäischer
115 Ebene
116 ➤ arbeitsmarktpolitische Strategien im Hinblick auf die Digita-
117 lisierung der Arbeit.

118

119 ➤ Um die soziale Marktwirtschaft zu sichern, muss die Tarif-
120 autonomie gestärkt werden. Dies geht nur, wenn in allen
121 Branchen tariffähige Verbände mit Tarifbindung ihrer Mit-
122 glieder vorhanden sind. Wo dies nicht der Fall ist, muss der
123 Staat bis zur Herstellung dieser Situation ein besonderes
124 Schlichtungsrecht einführen. Tarifflicht muss verhindert
125 werden.

126

127 ➤ Die Leiharbeit wird eingeschränkt und so verteuert, dass
128 es stets deutlich billiger ist, reguläre Beschäftigte anzustel-
129 len (z. B. durch 10%-igen Lohnaufschlag auf vergleichbare
130 Arbeitnehmer*innen der Stammbeschaft).

131

132 ➤ Der Missbrauch von Werkverträgen muss durch verstärkte
133 staatliche Kontrollen und bessere Mitbestimmung der Ar-
134 beitnehmer*innen bekämpft werden. Die gesetzlichen Be-
135 stimmungen zu Werkverträgen sind so zu verschärfen,
136 dass Scheinwerkverträge und Lohnkostendrückerei damit
137 verhindert werden.

138

139 ➤ Sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen werden
140 grundsätzlich verboten; auch Befristungen mit Sachgrund
141 sind nur zulässig, wenn das Interesse der Arbeitneh-

142 mer*innen an unbefristeter Tätigkeit angemessen berück-
143 sichtigt wurde.

144

145 ➤ Es muss einfacher und praktikabler werden, Tarifverträge
146 für allgemeinverbindlich erklären zu lassen. Das Vetorecht
147 der Arbeitgeber*innenverbände im Tarifausschuss muss
148 ausgesetzt werden.

149

150 ➤ Geltendes Arbeitsrecht muss auch wirklich durchgesetzt
151 werden, was derzeit zu oft zum Nachteil der Arbeitneh-
152 mer*innen unterbleibt. Die Anzahl der Kontrollen z. B. bei
153 Mindestlohn und Scheinselbständigkeit ist kurzfristig min-
154 destens zu verdoppeln.

155

156 ➤ Neue Arbeitsformen, die sich im Zuge der Digitalisierung
157 bilden und gebildet haben, müssen sich an die Spielregeln
158 der solidarischen Gemeinschaft halten.

159 **Wir unterstützen die Initiativen zum sozialen Arbeitsmarkt**

160 Menschen, die nicht von der guten Lage am Arbeitsmarkt profi-
161 tieren, müssen neue Perspektiven erhalten. Langzeitarbeitslosen
162 muss die Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Die per-
163 sonellen Kapazitäten der Jobcenter müssen wesentlich erhöht
164 werden, um Langzeitarbeitslosen mehr Zeit widmen, sie beraten
165 und sie individuell fördern zu können.

166 Eine geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gibt
167 langzeitarbeitslosen Menschen wieder eine Chance am gesell-
168 schaftlichen Leben teilzuhaben.

169 Das Teilhabechancengesetz ist ein erster Schritt zur Bekämp-
170 fung der Langzeitarbeitslosigkeit, den es ohne die SPD nicht ge-
171 geben hätte. Das Teilhabechancengesetz schafft bis zu fünf Jah-
172 re geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen in
173 der Wirtschaft, in sozialen Einrichtungen oder bei Kommunen für
174 diejenigen, die absehbar keine Chance mehr auf dem ersten Ar-
175beitsmarkt haben. Mit dem Teilhabechancengesetz wird noch ein
176 zweiter Lohnkostenzuschuss geschaffen. Von ihm profitieren
177 Menschen, die seit zwei Jahren arbeitslos sind, und bei denen
178 auch die Vermittlungsversuche des Jobcenters oder andere Ein-
179 gliederungsleistungen bisher nicht gefruchtet haben. Für sie
180 kann künftig ein Lohnkostenzuschuss von 75 Prozent im ersten
181 und 50 Prozent im zweiten Jahr gezahlt werden.

182 Wir stellen außerdem fest, dass das Prinzip und die Methoden
183 des aktivierenden Arbeitsmarktes, welcher der Hartz-
184 Gesetzgebund zugrunde liegen, gescheitert sind. Die Zahl der
185 Langzeitarbeitslosen blieb relativ konstant. Die bestehende
186 Sanktionspraxis seitens der Jobcenter muss deutlich entschärft
187 werden.

- 188 ➤ Die Kernaufgabe, Langzeitarbeitslosen Arbeit zu vermit-
189 teln, kann nur wahrgenommen werden, wenn Jobcenter
190 rechtlich und finanziell in die Lage versetzt werden, indi-
191 viduelle Maßnahmen (z. B. Umschulung, Weiterbildung
192 oder Qualifikation) zu planen, entwickeln und durchzu-
193 führen.
- 194 ➤ Die Verwaltung der Stadt Oldenburg wird aufgefordert,
195 sich dem Arbeitsmarkt mit Beschäftigungsmöglichkeiten
196 für die Zielgruppe zu öffnen. Die Wirtschaftsförderung
197 wird aufgefordert, Unternehmen in Hinblick auf Beschäf-
198 tigungsmaßnahmen zu informieren und zu unterstützen.
199

200 **Familienförderung unter einem Dach organisieren**

201 Eine umfassende Prävention und Bildung sowie die komplexen
202 Lebens- und Problemlagen von Kindern, Jugendlichen und Fami-
203 lien erfordern eine ganzheitliche Betrachtung und sind nur im
204 vernetzten Miteinander der verantwortlichen Akteur*innen aus
205 verschiedenen Handlungs- und Politikfeldern adäquat zu beant-
206 worten. Wir benötigen auf dem Weg hin zu integrierten Hand-
207 lungsstrategien der Prävention und Bildung Fachkräfte, die so-
208 wohl die Vernetzung mit Trägern und Einrichtungen als auch
209 zwischen Ämtern kompetent koordinieren.

210 Die Gruppe der Alleinerziehenden mit ihren Kindern ist in
211 Deutschland einem erhöhten Armutsrisiko sowie größeren psy-
212 chosozialen und gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt. Für
213 Alleinerziehende ist es eine besondere Herausforderung Unter-
214 stützungssysteme an verschiedenen Orten innerhalb der Stadt
215 aufzusuchen.

216 Die SPD fordert

- 217 ➤ das System der Frühen Hilfen für Eltern auszubauen und
218 in allen Stadtteilen Oldenburgs anzubieten
- 219 ➤ ein ganzheitliches Familien- und Sozialberatungssystem
220 aus einer Hand bzw. unter einem Dach. Verschiedene Be-
221 ratungssysteme sollen dazu im Stadtteil ein gemeinsames
222 Beratungssystem schaffen.

223 Für mehr als die Hälfte der von Armut betroffenen oder bedroh-
224 ten Kinder ist Armut keine kurze Episode in ihrem Leben, son-
225 dern ein anhaltender Normal- und Dauerzustand. Finanzielle
226 staatliche Leistungen mildern die Armut, inklusive sprachliche
227 Bildung erfolgt in verschiedenen Institutionen wie Kita, Schule
228 und Weiterbildungszentren. Darüber hinaus muss die Stadt wei-
229 tere Angebote schaffen, um Anerkennung und Wertschätzung zu
230 vermitteln, damit die Teilhabechancen erhöht werden. Politik
231 muss den Rahmen schaffen, um ausreichend Angebote sicher
232 zu stellen, dass Teilhabechancen erhöht werden.

233 Die SPD fordert

- 234 ➤ ein stadtweites Netz für Fachberatung gegen Kinderarmut
235 in der Stadt
236 ➤ mehr Ressourcen in den Freizeitstätten und Stadtteilbiblio-
237 theken. Angebote in diesen Einrichtungen sollten auch an
238 den Wochenenden stattfinden, dazu wird aber zwangsläuf-
239 fig ein höherer Personalschlüssel erforderlich sein.

240

241 **Inklusion - Mehr Teilhabe und Selbstbestimmung**

242 Die SPD setzt sich für eine inklusive Gesellschaft ein, damit das
243 tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen
244 für die nächste Generation selbstverständlich wird. Inklusion
245 kann nicht allein per Gesetz verordnet werden, sondern beginnt
246 in den Köpfen. Politik muss aber bessere Voraussetzungen
247 schaffen, den Weg zu einer inklusiven Gesellschaft zu ebnen.
248 Die gesellschaftliche Teilhabe und die Selbstbestimmung von
249 Menschen mit Behinderungen muss spürbar verbessert werden.
250 Ein wesentlicher Paradigmenwechsel in dem Ende 2016 schritt-
251 weise in Kraft getretenen Bundesteilhabegesetz ist, dass die
252 heutige Eingliederungshilfe aus dem Fürsorgesystem der Sozial-
253 hilfe herausgelöst und in das Neunte Sozialgesetzbuch integriert
254 wird. Für die Menschen mit Behinderung, die heute Leistungen
255 aus der Eingliederungshilfe. Der Kern des Gesetzes: Wenn
256 Langzeitarbeitslose in eine Arbeitsstelle vermittelt werden, zahlt
257 der Staat zunächst einen Teil des Gehaltes oder übernimmt so-
258 gar die kompletten Lohnkosten.

259 Für Menschen die Sozialhilfe beziehen, bringt dies entschei-
260 de Verbesserungen. So können Betroffene künftig mehr von ih-
261 rem Einkommen und Vermögen zurücklegen. Zudem werden
262 Ehepartner von Menschen mit Beeinträchtigung nicht mehr her-
263 angezogen. Dies ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur
264 Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nati-
265 onen.

266 Bei Anerkennung der Fortschritte erkennen wir aber auch, dass
267 das Bundesteilhabegesetz in einigen Bereichen nicht weit genug
268 geht, denn nach wie vor bleibt die Eingliederungshilfe eine nach-
269 rangige Leistung. Für diese ist aber – trotz der Ausgliederung der
270 meisten Regelungen, die Menschen mit Behinderung betreffen –
271 die Logik der Sozialhilfe ausschlaggebend.

272 Wir wollen die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
273 weiter voranbringen und dafür sorgen, dass Menschen mit Be-
274 hinderungen Zugang zu bestmöglicher Bildung, zu existenzsi-
275 chernder Erwerbsarbeit und ungehinderter Teilhabe am politi-
276 schen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben haben.

277 Die SPD fordert,

278 ➤ dass Menschen mit Behinderung, die eine Begleitung be-
279 nötigen, endlich das Wahlrecht in Anspruch nehmen kön-
280 nen.

281 Das „Budget für Arbeit“ hilft Menschen mit Behinderungen dabei,
282 eine Stelle auf dem regulären Arbeitsmarkt zu erhalten und er-
283 möglicht den Betroffenen auf diesem Weg mehr gesellschaftliche
284 Teilhabe.

285 ➤ Die Verwaltung der Stadt sollte als Arbeitgeber Vorbild für
286 die Wirtschaft sein und den Anteil der Beschäftigten mit
287 Behinderung deutlich erhöhen.

288 Der kommunale Aktionsplan der Stadt ist ein geeignetes Instru-
289 ment und Methode, um ein inklusives Gemeinwesen zu fördern.
290 Sport- und Freizeiteinrichtungen, Schwimmbäder und andere In-
291 stitutionen sind noch lange nicht barrierefrei zugänglich.

292 Die SPD fordert

293 ➤ den barrierefreien Umbau der Einrichtungen.

294

295 **Menschen mit Einwanderungsgeschichte fördern**

296 Der Stadt Oldenburg ist es in den vergangenen 40 Jahren gelun-
297 gen, viele Menschen mit Migrationshintergrund zu integrieren.
298 Sie zeigt sich weltoffen und pflegt eine gute Willkommenskultur.
299 Der Zusammenhalt in der Gesellschaft zeigt sich am deutlichsten
300 am Umgang mit denjenigen, die der Hilfe und Unterstützung be-
301 sonders bedürfen. Wir werden weitere Verbesserungen vorneh-
302 men, damit Geflüchtete sich in ihrer ersten Zeit in Oldenburg gut
303 angekommen und willkommen fühlen.

304

305 Wir setzen uns weiterhin für eine menschenwürdige Unterbrin-
306 gung und Versorgung der Geflüchtete ein. Die dezentrale Unter-
307 bringung in Wohnungen steht an erster Stelle.

308 Zur Integration ist es notwendig, dass die Teilhabe an der Ge-
309 sellschaft möglich ist. Wir setzen uns für eine gute Regelbeschu-
310 lung der Kinder ein. Wir setzen uns für einen Ausbau an geziel-
311 ten Vermittlungsinitiativen für Auszubildende ein, damit Jugendli-
312 che eine frühzeitige Chance auf eine Berufsausbildung und eine
313 Integration in den Arbeitsmarkt bekommen.

314 Unternehmer*innen mit einer Einwanderungsgeschichte sind ei-
315 ne besondere Bereicherung für die Kultur und Wirtschaft. Das
316 Potential wird jedoch unzureichend genutzt und es existieren vie-
317 le Hürden, die es zu beseitigen gilt.

318 ➤ Es gilt, das Beratungsangebot und die Gründungsförde-
319 rung zu stärken und die Anerkennung für diesen wichtigen
320 Wachstumsmotor für die Wirtschaft zu fördern.

321

322 **Renten sichern und Teilhabe im Alter ermöglichen**

323 Die SPD Oldenburg begrüßt die Initiative der SPD-
324 Bundestagsfraktion, eine Grundrente für Geringverdiener*innen
325 einzuführen. Die Grundrenten-Pläne sehen Zuschläge für Ge-
326 ringverdiener*innen vor, die mindestens 35 Jahre lang Beiträge
327 gezahlt haben.

328 Wir benötigen zusätzliche Anstrengungen und Initiativen, damit
329 ein selbstbestimmtes Leben im Alter gefördert wird.

330 Die kommunale Ebene hat keinen Einfluss auf die Rentenge-
331 setzgebung. Die Stadt steht in der Verantwortung, eine ganzheit-
332 liche Betreuung und Versorgung im Blick zu haben, die gesell-
333 schaftliche Teilhabe im Alter zu sichern und die Gefahr der Isola-
334 tion zu minimieren. Studien zeigen, dass soziale Unterstützung
335 und soziale Teilhabe maßgeblich die Gesundheit und sogar die
336 Lebenserwartung beeinflusst, vergleichbar mit Faktoren wie
337 Rauchen oder Bewegung. Gesundheitsförderung in Kommunen
338 kann zur Stärkung der sozialen Netzwerke beitragen und Isolati-
339 on minimieren. Die Lebensqualität im kommunalen Umfeld ist
340 höher, wenn Bewohner*innen eine Bindung zum Wohnort ver-
341 spüren, sich zugehörig und verantwortlich fühlen. Teilhabe und
342 Vermeidung von Isolation ist Aufgabe der Daseinsvorsorge ge-
343 worden.

344 „Gesunde Nachbarschaft“ bedeutet Teilhabe am gesellschaftli-
345 chen Leben und lässt sich über kommunalgelenkte Initiativen
346 steuern. Beispielhaft sind Projekte der offenen Altenhilfe und die
347 Teilprojekte innerhalb der Gemeinwesenarbeit im Stadtteil, die
348 jedoch auf ausreichend hauptamtlich beschäftigte Fachkräfte an-
349 gewiesen sind.

350 Dafür benötigen diese Initiativen langfristige finanzielle Sicher-
351 heit.

352 Die SPD setzt sich dafür ein,

- 353 ➤ Ehrenamtsstrukturen besser zu fördern, um die Bereit-
354 schaft, sich mit Beginn der Renteneintrittsphase sozial zu
355 engagieren, zu steigern
- 356 ➤ Soziale Netzwerke in der Nachbarschaft als Aufgabe der
357 Daseinsvorsorge zu stärken

358 Die ambulante Versorgung muss deutlich verbessert werden
359 Menschen, die Unterstützung in der eigenen Wohnung benöti-
360 gen, sind oftmals auf sich alleine gestellt.

- 361 ➤ Notwendig sind innovative Maßnahmen sowie bessere In-
362 formationsmöglichkeiten und Förderrichtlinien für Umbau-
363 maßnahmen über die kommunalen Grenzen hinaus.

364 Nur wenn die Architekt*innen von morgen bei allen Vorhaben die
365 Barrierefreiheit und das altersgerechte Bauen berücksichtigen,
366 wird sich langfristig im Bauen und Wohnen etwas ändern.

367 Das barriere- beziehungsweise altersgerechte Bauen im Archi-
368 tekturstudium muss zur Pflicht werden.

369

370 **Pflege stärken**

371 Dort, wo Leben beginnt und wo es endet, wird geknausert und
372 peinlich genau gerechnet. Auf Kosten der Schwächsten. Auf
373 Kosten der Engagierten. Und das in einer Zeit, in der Mensch-
374 lichkeit und Zusammenhalt stärker denn je gefragt sind. Immer
375 noch beherrschen Stereotype die Bezahlung. „Frauenberufe“
376 scheinen weniger wert zu sein. Doch: Menschen, die in sozialen
377 Berufen beschäftigt sind, sind Garanten für Teilhabe, Zusammen-
378 halt und stehen für eine kommunale Solidarität. Von der Kin-
379 derbetreuung bis hin zur Altenpflege sind die Rahmenbedingun-
380 gen im Vergleich zu vielen Beschäftigungsfeldern der freien (In-
381 dustrie-) Wirtschaft deutlich schlechter.

382 Gleichzeitig sind die Eigenanteile in der stationären Pflege für
383 viele Menschen nicht mehr bezahlbar.

384 Die SPD Oldenburg fordert

- 385 ➤ eine deutlich bessere Anerkennung der sozialen Berufe -
386 nicht nur mit warmen Worten, einem Schulterklopfen oder
387 einer Auszeichnung – sondern vor allem finanziell. In ei-
388 nem der reichsten Länder der Erde müssen endlich Rah-
389 menbedingungen geschaffen werden, die der Arbeit ge-
390 recht werden.
- 391 ➤ die Landtagsfraktion der SPD dazu auf, sich für die Wie-
392 dereinführung des unter Christian Wulff abgeschafften
393 Pflegewohngeldes einzusetzen
- 394 ➤ die Landtagsfraktion der SPD dazu auf, sich für die Öff-
395 nung der Angebote zur Unterstützung im Alltag (§ 45 a/b
396 Abs. 1 SGB XI) für Privatleute mit absolviertem Pflegekurs
397 (§ 45 PflegeVG) nach hamburgischem Vorbild einzuset-
398 zen.

399 die Bundestagsfraktion der SPD dazu auf, die Eigenanteile
400 in der stationären Pflege zu begrenzen, um das finanzielle
401 Risiko bei Pflegebedürftigkeit abzusichern.

402
403
404
405
406
407
408
409
410
411
412
413
414
415
416
417
418

1 **Antrag Nr. ÄS .1...**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **AfA Oldenburg-Stadt**

4

5 **VERMÖGENSTEUER WIEDER EINFÜHREN!**

6

7 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8

9 Die Vermögensteuer soll auf Basis eines eindeutig verfas-
10 sungskonformen Konzepts wieder erhoben werden. Sie soll
11 mindestens denselben Anteil am gesamten Steueraufkom-
12 men einnehmen wie vor ihrer Aussetzung. Um nicht z. B.
13 privat genutztes Wohneigentum zu besteuern, sind ange-
14 messene Freibeträge einzuplanen.

15

16

17 Begründung:

18

19 Erfolgt mündlich.

20

21 Weiterleitung an:

22 SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Parteivorstand

*Bemerkungen:
Annahme Übernahme
in den Leitantrag
Z. 114*

1 **Antrag Nr. AS2**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **OV III Nordwest**

5 **ÄNDERUNGSANTRAG ZUM LEITANTRAG**
6 **SOZIALES**

7
8 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

9
10 Der Ortsverein spricht dafür aus, dass in dem Leitantrag nicht nur Al-
11 leinerziehende, sondern auch Familien mit geringem Einkommen be-
12 sonders erwähnt werden müssen. Die Ressourcen von Familien mit ge-
13 ringem Einkommen sind - in welcher Form auch immer - begrenzt.

14
15 Das Formularwesen und damit in Bezug stehende Behördengänge rund
16 um Unterstützungsmöglichkeiten für Familien sind unübersichtlich und
17 kompliziert. Formulare mit gleichem Frageinhalt müssen oftmals an
18 verschiedenen Stellen eingereicht werden. Um Unterstützung an der
19 richtigen Stelle zu erhalten, müssen oftmals verschiedene Behörde-
20 ngänge an verschiedenen Standorten getätigt werden.

21
22 Unterstützungssysteme müssen wie im Leitantrag „unter einem Dach“
23 möglichst im Stadtteil ermöglicht werden. Informations- und Be-
24 treuungsangebote von der institutionellen Einrichtung (Kita) bis hin zur
25 kleinteiligen Babysitterorganisation können und müssen übersichtlicher
26 und transparenter sein.

27
28 Formulare müssen unkomplizierter formuliert und über Behördenansin-
29 nen hinaus vereinheitlicht werden

30
31 Änderungen schlagen wir wie folgt vor:

32
33 Hinzufügen ab Zeile 218:

34
35 Familien, die auf Unterstützungsbedarf angewiesen sind, sind oftmals
36 mit verschiedenen Behördengängen und zum Teil verwirrenden Formu-
37 laren der einzelnen Behörden überfordert und müssen Anfahrten zu ver-
38 schiedenen Behördenstandorten mit hohem Aufwand bewerkstelligen.

39
40 In Zeile 220 hinzufügen:

41 ... Frühe Hilfen (Beratungsangebote für Eltern - von der Schwanger-
42 schaft und Babyalter bis ins Schulalter der Kinder).....

43
44 Hinzufügen ab Zeile 225 (neuer Spiegelstrich):

Bemerkungen:

*Annahme mit Ände-
rung*

*Ersetze Z 36
überfordert durch
„konfrontiert“*

- 45 - Die Vereinfachung und Vereinheitlichung von Formularen zur
46 Beantragung von finanziellen Mitteln bzw. von Unterstützungen
47 über entsprechende Behördengrenzen hinaus.

48

49 Hinzufügen ab Zeile 218

50 Der Bedarf an (zeit-) intensiverer Kinderbetreuung außerhalb der eigenen
51 Familie steigt zunehmend, auch aufgrund des gesellschaftlichen
52 Wandels.

53 Unterstützende Angebote sind sehr unübersichtlich. Informationen zu
54 den Angeboten sind kompliziert einzuholen, z.B. durch nicht aktualisierte
55 Internetseiten. Oftmals sind identische Datenangaben mehrfach
56 erforderlich oder sind nur in einer entsprechenden intransparenten Reihenfolge
57 der Ämter einzuholen/ zu erbringen.

58

59 Wir benötigen mehr Zusammenarbeit der Behörden „unter einem
60 Dach“, bessere Abstimmungen zwischen den Behörden, mehr Transparenz bei den
61 Angebotsstrukturen im Hinblick auf die finanzielle Unterstützung und
62 Betreuungsangebote.

63

64 (Die SPD fordert)

65 Hinzufügen in Zeile 220

66

- 67 ➤ Informationsangebote transparenter und einfacher/ zugänglicher zu gestalten
68
69 ➤ Das Formularwesen komplett zu überarbeiten und behördenübergreifend einfacher/
70 bürgerfreundlicher/unkomplizierter zu gestalten
71

72 Hinzufügen in Zeile 224

73 ... und Behördengänge übersichtlicher und unkomplizierter zu
74 gestalten.

75

76

77

78

79

80

81 Begründung:

82

83

84

85

86

87

88 Weiterleiten an:

89

90

1 **Antrag Nr. L 2**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **Unterbezirksvorstand**

Bemerkungen:

4
5 **LEITANTRAG VERKEHR**

6
7 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8
9 **Leitgedanken**

10 Die zuletzt stetig und stark wachsende Stadt Oldenburg bedarf eines ganzheitlichen Konzeptes, um Mobilität und Verkehr in der Stadt nachhaltig zu sichern. Für die SPD Oldenburgs ist es dabei handlungsleitende Vorgabe, ein Oldenburger Verkehrskonzept auch im Einvernehmen mit den Nachbargemeinden zu entwickeln, um die notwendige Mobilität für die Menschen wie auch die Einbindung des Oberzentrums Oldenburg in sein Umfeld sicher zu stellen. Dabei kommt zusätzlich dem Charme der Stadt Oldenburg mit ihren spezifischen Merkmalen besondere Bedeutung zu, der wir seitens der SPD eine erhöhte Aufmerksamkeit widmen.

11
12
13
14
15
16
17
18
19
20 **Wende in der Verkehrspolitik**

21 angesichts der zunehmenden Verdichtung des Verkehrs, der Umweltbelastung und der technischen Weiterentwicklung halten wir eine grundlegende Wende der Verkehrspolitik für unabdingbar. Die Neuorientierung betrifft den Gütertransportverkehr und das Verhältnis zwischen dem „Motorisierten Individualverkehr“ (MIV) und dem „Öffentlichen Personen Nahverkehr“ (ÖPNV), dem Schienen Personen Nahverkehr (SPNV) und dem Radverkehr.

22
23
24
25
26
27
28 **Der Rad- und Gehwege-Verkehr**

29 Die bisherige Radfahrmutzung wollen wir steigern und sie deshalb auf vielen Ebenen weiter fördern. In Zukunft sollen mindestens 50% der Wege im städtischen Binnenverkehr mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Priorität hat für uns die Schaffung eines „**Premiumrouten-Netzes**“, möglichst auf eigenen Trassen. Radial und tangential verlaufende Fahrradstraßen sollen schnelle und komfortable Verbindungen zwischen Innenstadt, Stadtteilzentren (STZ) und zu anderen zentralen Zielpunkten schaffen. An den Endpunkten (Cityring, Universität, Bahnhof, STZ ...) werden ausreichend komfortable, sichere, überdachte und beleuchtete **Fahrradabstellplätze**, E-Bike-Ladestationen, Reparatur- und Abschließmöglichkeiten (auch für einzelne Akkus und Gepäck) eingerichtet. Das System der kleinräumigen Rad- und Fußwege in den Quartieren wollen wir weiter erhalten und ausbauen.

30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41 Wir wollen, dass die **Nutzung von Radwegen**, Radstreifen und Radschnellwegen klargestellt, also neu geregelt wird. Dazu gehört eine neue Klassifizierung der Fahrradtypen und selbstfahrenden Rollstühlen. Dies muss durch die zuständigen Gremien erfolgen.

42
43
44
45 Die Beläge und insbesondere die Breite von **Gehwegen** müssen auch für die Nutzung mit Gehhilfen, Rollstühlen, Kinderwagen u.s.w. eingerichtet sein. Eine Absenkung für Grundstückszufahrten soll nur noch den Gehwegrand/Bordstreifen betreffen.

46
47
48
49 Das individuelle Verhalten der **Verkehrsteilnehmer** sorgt, insbesondere in Verbindung mit neuen Antriebstechnologien, für ein zunehmendes Gefahrenpotential. Hier wollen wir dafür sorgen, dass die Ursachen wie fehlende Kenntnisse und Fertigkeiten z.B. im Umgang mit neuen Technologien mit geeigneten Maßnahmen (Informationsarbeit, Imagearbeit, Schulung/Qualifizierung) beseitigt werden.

50
51
52
53
54
55

56 **Der Straßenverkehr**
57 Wir wollen eine **neue Mobilitätskultur** schaffen. Herstellen und nachhaltiges
58 Erhalten von Mobilität für alle Schichten bleibt das Leitziel unserer sozialde-
59 mokratischen Verkehrspolitik. Wir wollen die Verkehre soweit möglich auf
60 ÖPNV, SNPV und Fahrrad verlagern um damit die vom hohen Verkehrsauf-
61 kommen ausgelösten Störungen des Verkehrsflusses auf den Radialen und grö-
62 ßeren Verbindungsstraßen zu reduzieren.
63 Ebenso wollen wir auch neue **technische Möglichkeiten** zur Verbesserung der
64 Straßenstrukturen einsetzen und hier für Modellversuche zur Verfügung ste-
65 hen.
66 Der notwendige MIV soll problemlos möglich sein. Für den weiteren MIV
67 wollen wir attraktive Alternativen anbieten (z.B. ein System von P+R-Plätzen
68 mit preiswerten und dicht getaktetem Shuttlebetrieb). Wir wollen **Verbin-**
69 **dungsstraßen** verstärkt als Bindeglieder zwischen den Stadtteilen einrichten.
70 Hiermit wollen wir Straßen in Wohngebieten entlasten und beruhigen.
71 Wir wollen, dass der **Güter- und Schwerverkehr** möglichst aus der inneren
72 Stadt herausgehalten wird. Versorgungs- und Belieferungstransporte sollen
73 möglichst durch kleine flexible E- und Radfahrzeuge erfolgen. Dazu nötige
74 Umladestellen (Microports) wollen wir an der Stadtperipherie schaffen.
75 Der verbleibende Güterverkehr soll auf dafür ausgelegte Straßen verwiesen
76 werden. **Wohnsammel und Wohnstraßen** möchten wir verstärkt verkehrsbe-
77 ruhigt anlegen und dafür sorgen, dass sie ausreichend Parkmöglichkeiten für
78 Pkw im öffentlichen Verkehrsraum anbieten.
79 **Verkehrskonzept Innenstadt**
80 Die Innenstadt muss für Gewerbetreibende, für Zulieferverkehre aller Art, Be-
81 sucher und Anwohner sehr gut erreichbar sein. Deshalb wollen wir die **Radia-**
82 **len** entsprechend ausgebaut von der Peripherie der Stadt bis auf einen um die
83 City führenden Ring führen. Für den **Cityring** aus Staulinie, Poststraße, Para-
84 de-, Schloss-, Theater- und Heiligengeistwall soll eine als Einbahnstraße gere-
85 gelte Verkehrsführung geprüft werden (nicht vergleichbar mit dem gescheiter-
86 ten Theaterwall-Projekt von 2002). Der Cityring sollte mit getrennten Spuren
87 für Bus/Taxi, für Lkw/Pkw und für RadfahrerInnen und mit separaten Fußwe-
88 gen ausgerüstet sein. Für die Ein- und Ausfahrten des Ringes soll die Eignung
89 entsprechender **Kreisverkehre** überprüft werden.
90 Für die SPD hat der **Umstieg auf Rad-, Bus- und Bahnverkehr** und deren
91 Ausbau höchste Priorität. Die übliche Anreise in die City sollte über die Schie-
92 ne, den übrigen ÖPNV inkl. P&R, per Fahrrad oder zu Fuß geschehen. Die
93 STZ sollen durch den SNPV, den straßengebundenen ÖPNV, das Straßen- und
94 Fahrradstraßennetz leicht erreichbar sein.
95 Die **Bahn** und ein neues **regionales Schienenbahnsystem** soll die Menschen,
96 die die Stadt besuchen, bis zum Bahnhof oder zum neuen Haltepunkt „Pferde-
97 markt“ dicht an die City bringen. Von da aus stehen der ÖPNV oder Leihfahr-
98 räder zur Verfügung oder ist der fußläufige Weg in die City zumutbar.
99 Für den MIV zum Zentrumsbereich wollen wir ausreichend **Parkplätze** si-
100 chern. Dazu gehört auch die Nutzung der öffentlichen „Bediensteten“-
101 Parkplätze außerhalb der Öffnungszeiten gegen Park- gebühren. Anwohner-
102 parkregelungen bleiben erhalten bzw. werden ausgebaut. Die Parktarife wollen
103 wir entfernungsabhängig von der City staffeln.
104 **Der Schienenverkehr und der ÖPNV**
105 Für die städtebauliche und verkehrliche Entwicklung der Stadt ist eine Verlage-
106 rung der Schienengüterverkehre auf eine Umfahungstrasse um die Innenstadt
107 unverzichtbar. Wir fordern daher dazu auf, mit Nachdruck alle möglichen We-
108 ge zu beschreiten, um eine **Güterverkehrs umfahung** der Innenstadt zu errei-
109 chen. Nach Entlastung um die Güterzüge können innerstädtische Kreuzungs-
110 punkte von Bahn und Straße u.U. auch höhengleich akzeptiert werden. Auf die
111 für höhenungleiche Querungen notwendigen Bauwerke (Tunnel, Tröge oder
112 Brücken) und die damit verbundenen **Störungen durch die Baustellen** können
113 wir dann verzichten.
114 Auch für dann mögliche weitergehende Maßnahmen auf den Strecken der
115 Bahn fordern wir das Einverständnis der Bahn. So wollen wir die durch eine
116 Güterumfahung entlasteten Bahnstrecken neben den Fernzügen für **eine Aus-**
117 **weitung des SPNV** nutzen. Durch neu einzusetzende Züge und neu zu (re-

118)aktivierende Haltepunkte kann mit verhältnismäßig geringem Aufwand eine
119 erhebliche Entlastung des MIV in Oldenburg und umzu erreicht werden.
120 Wichtig ist uns die infrastrukturelle Ergänzung eines jeden Haltepunktes um
121 ausreichend dimensionierte und modernsten Erfordernissen entsprechende
122 **Park- und Abstellmöglichkeiten** für Kfz und Fahrräder, um positive Anreize
123 für das Umsteigen auf Schiene und Fahrrad zu bieten.
124 Die SPD will, dass die vorhandene **Rollklappbrücke** im Verlauf der Bahntras-
125 se über die Hunte durch eine den verbleibenden Anforderungen des Personen-
126 verkehrs gerecht werdende Lösung ersetzt wird. Dabei sind die Erkenntnisse
127 der Bahn über die Haltbarkeit der Brücke wie auch die Vorstellungen des Was-
128 ser- und Schifffahrtsamtes (WSA) zur Durchfahrtshöhe zu beachten. Wir hal-
129 ten es für unverantwortlich, hier den Dingen ihren Lauf zu lassen und darauf zu
130 hoffen, dass sich alles „nicht so schlimm“ darstellen wird und fordern eine
131 sachgerechte Lösung gemeinsam mit der Entscheidung im Zuge des PFA 1-
132 Verfahrens.
133 Die **Tarifgestaltung des ÖPNV-Systems** soll (auch unter dem Aspekt eines
134 neuen P+R-Systems) neu geregelt werden. Unser langfristiges Ziel ist eine kos-
135 tenfreie Nutzung des innerstädtischen Busverkehrs. Kurzfristig soll die Tarif-
136 struktur neu konzipiert werden unter den Gesichtspunkten:
137 - Attraktivität für alle, auch für Pendler und Stadtbesucher
138 - Zusammenarbeit mit Oldenburger Arbeitgebem (Jobticket) und Geschäften
139 - soziale Orientierung (Bus darf nicht teurer als Auto sein) - Kurzstreckentarife
140 - Tarife für besondere Personengruppen (geprüft werden könnten z.B. Schüler,
141 Studierende, Berufstätige, Rentner, Hochbetagte – die evtl. gegen Abgabe des
142 Führerscheins)
143 Für über Schienenverkehr nicht erreichbare Ziele im Oldenburger Umland
144 wollen wir, dass der Einsatzes von **Regionalbussen** verstärkt wird, die inner-
145 halb Oldenburgs sowohl den „Zentralen Omnibus Bahnhof“ ZOB als auch ver-
146 schiedene STZ anfahren könnten.
147 Der von der VWG betriebene **Busverkehr** soll in Stoßzeiten die Taktfrequenz
148 erhöhen. Für weniger intensiv genutzte Routen und Zeiten wollen wir ein dem
149 Bürgerbus-System vergleichbares Verfah- ren mit angepasst kleineren Fahr-
150 zeugen gemeinsam mit allen öffentlichen und privaten Anbietern von Logistik-
151 leistungen entwickeln.
152 Die SPD sieht es als unverzichtbares Element an, dass die in den ÖPNV ein-
153 gebundenen verschiedenen Verkehrsträger eine gemeinsame möglichst weit
154 gehende **Vernetzung** (z.B. Verknüpfung der Fahrplankarte) erreichen. Dazu
155 wollen wir neue Aufgabenverteilungen und Rollenverständnisse zwischen allen
156 möglichen Trägern (Gemeindeverwaltungen, Busbetriebe, Bahn, Eigenbetriebe
157 der Gemeinden, Taxen, ehrenamtliche Gruppen u.s.w.) schaffen. Eine beson-
158 dere Rolle kommt dabei den Shuttle-Verbindungen zwischen P&R-Plätzen und
159 den Zielen in der Innenstadt zu.
160 **Wasserstraßen und Hafen, Grün- und Freiraumplanung**
161 Wir wollen, dass die Nutzung der vorhandenen alternativen Transportwege
162 Hunte und Küstenkanal verstärkt wird und unterstützen die diesbezüglichen
163 Bemühungen der Bundes-SPD ausdrücklich. Wir werden alle Aktivitäten zur
164 Stärkung unseres **Stadthafens** nach Kräften begleiten. Dessen besondere städ-
165 tebauliche Situation wollen wir durch eine angemessene Bebauung und
166 verkehrliche Nutzung unterstreichen. Die verstärkte Nutzung des Hafens für
167 Freizeit und Erholung soll durch eine **Fuß- und Radfahrwegbrücke** von der
168 Doktorsklappe zur nördlichen Hafenseite unterstützt werden. Für die Einbin-
169 dung von Personenschiffs-Linien- und Ausflugsverkehr vom und zum Stadtha-
170 fen wollen wir werben.
171 Bei aller Bedeutung und Notwendigkeit von Verkehrsführung wollen wir, dass
172 in der Innenstadt und allen Stadtteilen und Quartieren Raum für **Erholung,**
173 **Verweilen und Spielen** für Kinder erhalten oder geschaffen wird. Wir wollen
174 Toiletten, Bänke, Spielgelegenheiten für Kinder und Grünzonen zur Selbstver-
175 ständlichkeit werden lassen. Insbesondere in der Enge der City muss mit Krea-
176 tivität und Durchsetzungswillen an die Suche nach geeigneten Plätzen gegan-
177 gen werden, für die u.U. auch Innenhöfe in Betracht gezogen werden können.
178
179

180 **Neue Mobilitätskonzepte**

181 Der mit dem technischen Fortschritt verbundenen für den Verkehr relevanten
182 Entwicklung wollen wir besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir halten die
183 Einrichtung einer diesen Sektor besonders beobachtenden Stelle in der Verwal-
184 tung für überlegenswert. Aus entsprechenden Einzelfallprojekten wollen wir
185 die generelle Anwendbarkeit z.B. von Elektroautos/Kfz- und E-
186 Bike Verleih/Carsharing/Bürgerbusse prüfen.

187 Wie auf Bundesebene den „Deutschlandfahrplan“ halten wir im Rahmen des
188 Betriebs eines wie beschrieben heterogenen Verkehrsträger-Netzes ein mindes-
189 tens bis zur Bezirks-/Landesebene greifendes abgestimmtes Fahrplankonzept
190 aller relevanten Verkehrsträger für notwendig. Wir unterstützen deshalb die
191 Forderung der Bundes-SPD nach einer digitalen Mobilitätsplattform. Wir sind
192 auch bereit, in OL Versuchsstrecken für die Einführung neuer Systeme anzu-
193 bieten und einzurichten (Shuttle P&R-Ostkreuz, Steuerung Cloppenburger
194 Straße ...).

195 **Die Umsetzung**

196 Wir suchen nach Wegen, die die Zusammenarbeit der Beteiligten verbessern
197 können. Wir wollen es wagen, „groß gedachte“ Lösungsansätze zu schaffen
198 und in der Praxis gemeinsam umzusetzen, um den insgesamt gewünschten Er-
199 folg herbeizuführen. Die bisher praktizierte Trennung von inhaltlichen Plänen
200 wie dem StEP 2025 (ohne Zeit- und Kostendaten) und den erheblich verbindli-
201 cheren Haushaltsplänen ist für eine zügige **Umsetzung von Maßnahmen** nicht
202 förderlich. Hier wollen wir uns für eine ausgeweitete Vorplanung und die
203 gleichzeitige Beachtung des Investitionsprogramm Rahmens einsetzen.

204 Wir wollen, dass die **personelle Ausstattung** der Stadtverwaltung soweit
205 notwendig erhöht wird. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Fördermittel
206 als auch für den Sektor Schienenverkehr/Kontakt zur Bahn und zu den Ver-
207 kehrsministerien.

208 Wir wollen frühzeitige Planung und Transparenz. Bereits in der Planungsphase
209 von großen Bau- und Gewerbeprojekten soll die großräumige Verkehrsplanung
210 einbezogen werden.

211 B Prioritäre Maßnahmen

212 • P+R Konzept

213 Wir fordern die Realisierung des bereits von der Fraktion eingebrachten Kon-
214 zeptes eines P&R Parkplatzes in der Nähe des Ostkreuzes. Die Anlage und ihre
215 Andienung soll als Pilotprojekt sehr attraktiv und werbewirksam mit einem ei-
216 gens dafür eingerichteten Shuttle-Verkehr organisiert werden. Für die Maß-
217 nahme könnte die Auflage eines Versuchsprojektes mit E- oder Wasserstoff-
218 Fahrzeugen sinnvoll sein und sollte deshalb geprüft werden.

219 • Einstieg in ein Sozialticket Das Preiskonzept für den ÖPNV soll insgesamt
220 neu konzipiert werden. Gesichtspunkte sollen dabei sein:

221 - sehr hohe Attraktivität für alle, auch für Pendler und Stadtbesucher

222 - Zusammenarbeit mit Oldenburger Arbeitgebern (Jobticket)

223 - soziale Orientierung (Bus darf nicht teurer als Auto sein)

224 - Kurzstreckentarife und - Tarife für besondere Personengruppen (z.B. Schüler,
225 Studierende, Berufstätige, Rentner, Hochbetagte – evtl. gegen Abgabe des Füh-
226 rerscheins).

227 • Städtischer Radverkehr

228 Im Sinne einer Verkehrswende und der Verlagerung von Teilen des MIV auf
229 das Fahrrad fordern wir ein Konzept für Fahrradstraßen und Schnellradwege.
230 Wir fordern mehr Sicherheit für Radfahrer und eine Verbesserung der Radweg-
231 infrastruktur. Beginnend mit der Anlage des „PremiumroutenNetzes“ sollen
232 möglichst auf eigenen Trassen zunächst radiale und später tangentielle Radrou-
233 ten in Nord-Süd-Richtung und in Ost-West-Richtung zur Verbindung der
234 Nachbarorte mit der Innenstadt geschaffen werden. Es müssen schnelle und
235 komfortable Verbindungen speziell für Fahrräder in die Innenstadt und zu an-
236 deren zentralen Zielpunkten entstehen. Schwellen, Absätze und Bordsteine
237 müssen entfernt werden, Pflasterungen mit glatten Steinen in Fahrtrichtung
238 eingebaut sein. Anstelle der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestbreite ist eine
239 für künftig zu erwartende Begegnungsver- kehre auskömmliche Breite einzu-
240 halten. An den Zielpunkten dieser Routen (Cityring, Uni, Bahnhof, Stadtteil-
241 zentren ...) müssen ausreichende, komfortable, sichere, überdachte und be-

242 leuchtete Fahrradabstellplätze, E-Bike-Ladestationen, Reparatur- und
243 Abschließmöglichkeiten (auch für einzelne Akkus und Gepäck) eingerichtet
244 werden.

245 • **Verkehrsberuhigung in Wohnstraßen (bauliche Maßnahmen und Fahr-**
246 **bahnmarkierungen)**

247 Zur Verdeutlichung des Fahrens in verkehrsberuhigten Straßen fordern wir an
248 geeigneten Stellen in Tempo-30-Zonen den Einbau von Piktogrammen und
249 /oder farblich auffälligen höhengleichen Pflasterungen.

250 • **E-Mobilität und Wasserstofffahrzeuge: Ladestationen und Infrastruk-**
251 **tur verbessern.**

252 Wir fordern, dass sich die Stadt Oldenburg an möglichst vielen Projekten zur
253 Wasserstoff-Mobilität beteiligt. Für die nahe Zukunft halten wir auch eine För-
254 derung der E-Mobilitäts-Infrastruktur für sinnvoll.

255 • **Schadstoffbelastung durch Regelung und Beordnung des Verkehrs re-**
256 **duzieren.**

257 Wir wollen keine Fahrverbote!

258 • **Entlastungsstraße**

259 Wir fordern die rechtzeitige Herstellung der Entlastungsstraße zur Erschlie-
260 ßung des Fliegerhorstes. Sie stellt angesichts der geplanten Entwicklung des
261 Stadtteils eine unverzichtbare Straßenverbindung zwischen Ofenerdiek und
262 Wechloy dar. Sie sollte zumindest ein einem provisorischen Ausbauzustand
263 vor Beginn der weiteren Arbeiten erstellt und in der Lage sein, mindestens den
264 Baustellenverkehr aufzunehmen.

265 • **Bahnverkehr: Umfahrung und Schienennahverkehr**

266 Wir fordern die Verwaltung auf, unverzüglich die Gespräche um eine Umfah-
267 rungstrasse wieder aufzunehmen. Dies auch angesichts des noch nicht ent-
268 schiedenen PFA 1. Wir halten es auch mit Blick auf künftige Rechtsstreite für
269 zwingend, auf die angebotenen Wege und Möglichkeiten heute schon einzuge-
270 hen. Wir sind der Überzeugung, dass mit der bisher nicht priorisierten städte-
271 baulichen Begründung einer Umfahrung der Durchbruch in den Verhandlungen
272 mit Bundes-, Landesregierung und Bahn gelingen kann.

273 • **Radfahrförderung**

274 Unsere Ratsfraktion wird aufgefordert, in den kommenden Haushaltsgesprä-
275 chen dafür einzutreten, dass die **Mittel für die Radfahrförderung** mit mindes-
276 tens 12 € Pro Kopf der Bevölkerung bereitgestellt werden.

277 • **Radwegenetz**

278 Unsere Ratsfraktion wird aufgefordert, in den kommenden Haushaltsgesprä-
279 chen dafür einzutreten, **dass konkrete nächste Maßnahmen** zum Ausbau des
280 Radwegenetzes beschlossen werden. Priorität könnten der **Ausbau des Fern-**
281 **radweges über den Quellenweg in die City**, die Anlage einer **Verbindung**
282 **aus dem Stadtnorden mit der City** z.B. über die Trasse der Etzthorner Straße,
283 die Verlängerung der von Hatten geplanten Fahrradstraße von **Sandkrug bis**
284 **zur Stadtgrenze Oldenburgs bis in die City Oldenburgs** oder die **Verlänge-**
285 **rung der Radroute Süd** entlang des Osterburger Kanals bis nach Tungeh
286 sein.

287 • **Pendelzugverkehr auf Bahngleisen**

288 Die Verwaltung und unsere Vertreter in den zuständigen Gremien werden auf-
289 gefordert, sich für die Planung eines ersten Abschnittes zur Einrichtung eines
290 **Pendelzugverkehrs** in Nord-Süd-Richtung von z.B. Rastede bis Sandkrug
291 und in Ost-West-Richtung von Bad Zwischenahn/Ofen bis Hude einzusetzen.
292 Auf den vorhandenen Bahntrassen sollen neu einzusetzende kleinere Züge und
293 zu aktivierende angepasste kleinere Haltepunkte mit verhältnismäßig geringem
294 Aufwand eine erhebliche Entlastung des MIV in Oldenburg und umzu errei-
295 chen.

296 • **Routenmessung realisieren**

297 Wir fordern die Detektion der Verkehrsströme in Oldenburg zur Routenverfol-
298 gung. Mittels dieser sollen in Echtzeit Aussagen über die aktuelle Verkehrslage
299 und die Wirksamkeit von angewandten Maßnahmen getroffen werden können.
300 Unsere Ratsfraktion wird aufgefordert, für die kommenden Beratungen und
301 Entscheidungen im Verkehrsbereich aktuelle Ergebnisse der **Messungen der**
302 **Routenverfolgung** einzufordern. Wir halten den baldmöglichen Einsatz dieser
303 Technik für unverzichtbar um die in Verbindung mit z.B. der Verortung von

304 P&R-Plätzen notwendigen Entscheidungen treffen zu können. Deshalb fordern
305 wir auch die zusätzliche Platzierung von Detektionstechnik an BAB-Abfahrten
306 bzw. -Zufahrten.
307
308
309
310
311
312
313
314

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29

**Antrag Nr. Ä V 1....
zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

Arbeitsgruppe Verkehr

Antrag zur Änderung des Leitantrages

Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Einfügung zum Absatz E-Mobilität und Wasserstofffahrzeuge nach Zeile 254:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, ein Konzept für die Standorte von Vermietungsstationen für Fahrräder aller Art auf öffentlichen bzw. städtischen Flächen zu erstellen. Die Stationen sind bevorzugt an P&R-Plätzen, am Innenstadtring und am Bahnhof vorzusehen.

Begründung:

Zur Förderung von Fahrzeugen ohne Verbrennungsmotoren gehört auch ein passendes Vermietungsangebot.

Weiterleiten an:

*Bemerkungen:
Annahme mit Änderung
Ersetze Z. Stadtverwaltung durch
„SPD Ratsfraktion“*

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28

**Antrag Nr. Ä V 2...
zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

Arbeitsgruppe Verkehr

Antrag zur Änderung des Leitantrages

Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Ab Zeile 295 möge zum Absatz „Ausbau des SPNVs“ zugefügt werden:

Die Nutzungsmöglichkeiten im Personenschienenverkehr sind durch die (Wieder-) Inbetriebnahme weiterer Haltepunkte in der Region Oldenburg und Schaffung einer Regionalbahn mit Halt in allen Unterwegsbahnhöfen deutlich zu erhöhen.

Begründung

Die Alternative zum motorisierten Besuch der Stadt – die Fahrt mit der Bahn - setzt voraus, dass der nächste Bahnhofpunkt auch wohnortnah zu erreichen ist.

Weiterleiten an:

Bemerkungen:

Annahme

1 **Antrag Nr.Ä V 3**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 Arbeitsgruppe Verkehr
4

5 **Antrag zur Änderung des Leitantrages**

6
7 **Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:**
8

9 Ab Zeile 276 möge zum Absatz „Radfahrförderung“ zuge-
10 fügt werden:

11
12 Um mehr der klimafreundlichen Maßnahmen zur Radfahr-
13 förderung durchführen zu können, soll die personelle Aus-
14 stattung der Verkehrsabteilung erhöht oder die Auftrags-
15 vergabe an externe Auftragnehmer intensiviert werden.
16

17 Ein Meldeportal für Anliegen des Radverkehrs soll auf der
18 Internetseite der Stadt installiert werden, das die Arbeit
19 der Verkehrsabteilung unterstützt.
20

21 **Begründung**

22 Die Planung der Stadt ist in letzter Zeit schwer umzuset-
23 zen gewesen, da (Begründung der Stadtverwaltung) die
24 personelle Ausstattung dafür zu gering war.

25 Bürger der Stadt klagen oft in Medien und verschiedenen
26 Gremien über unzureichende Bedingungen für das Rad-
27 fahren. Eine zentrale Einrichtung kann dazu beitragen,
28 dass Bürger Klagen oder Informationen einfach an die
29 Verkehrsabteilung geben können.
30
31
32

33
34 **Weiterleiten an:**
35
36

Bemerkungen:

Annahme

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25

**Antrag Nr. ÄV.4...
zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

Stadtmitte-Süd/Osternburg

Antrag zur Änderung des Leitantrages

Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Streichung der Zeilen 296 – 306 (Routenmessung realisieren)

Begründung

Der vorliegende Textteil ist aufgrund unterschiedlicher unklarer Inhalte noch nicht Beschlussreif. Weitere Begründungen erfolgen mündlich

Weiterleiten an:

Bemerkungen:
Keine Empfehlung

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29

**Antrag Nr. ÄV 5..
zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

Ortsverein Stadtmitte – Süd/Osternburg

Antrag zur Änderung des Leitantrages

Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Prioritäre Maßnahme Z.219-226 (Einstieg in das Sozialticket)
streichen

Begründung:

Unter Zeile 133 bis 143 ist ausformuliert, dass die Tarifgestaltung des ÖPNV-Systems neu zu regeln ist. Diese Formulierung findet sich erneut unter Z.226-234 und stellt nicht nur eine Dopplung dar, sondern akzentuiert einen Einstieg in das Sozialticket als Priorität. Zum einen ist es von der kommunalen Haushaltslage abhängig, ob eine Finanzierung möglich ist und weiterhin sind dann auch aktuelle Ausgaben in unterschiedlichen anderen Bereichen (wie Kultur, Bäderlandschaft, Ganztagsgrundschulen, Abschaffung der Anliegerbeiträge etc.) zu diskutieren.

Weiterleiten an:

Bemerkungen:

Keine Empfehlung

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

**Antrag Nr. .ÄV6..
zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

OVII Stadtmitte-Süd/Osternburg

Antrag zur Änderung des Leitantrages

Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Streichung der Zeilen 109-113 (Thema: Kreuzungen zwischen Bahn und Auto auf gleicher Höhe).

„Nach Entlastung um die Güterzüge können innerstädtische Kreuzungspunkte von Bahn und Straße u.U. auch höhengleich akzeptiert werden. Auf die für höhenungleiche Querungen notwendigen Bauwerke (Tunnel, Tröge oder Brücken) und die damit verbundenen Störungen durch die Baustellen können wir dann verzichten“

Begründung
Erfolgt mündlich

Weiterleiten an:

Bemerkungen:

Annahme

1 **Antrag Nr. B1....**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg-Stadt am 27.04.2019**

3 **Antragsteller: Jusos Oldenburg/Ammerland**

4
5 **A13 FÜR ALLE - PETITION UNTERSTÜTZEN**

6
7 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8
9 , dass der Unterbezirk der Stadt Oldenburg die Petition
10 „A13 für alle“ unterstützt und die Fraktion im Land auffor-
11 dert, faire Bezahlung in der Bildung zeitnah umzusetzen.

- 12
13 1. Erhöhung der Gehälter für Erzieher*innen, angepasst
14 an die erhöhten beruflichen Herausforderungen und er-
15 forderlichen Qualifikationen.
16 2. Gleiche Bezahlung aller Lehrer*innen ohne Funktions-
17 stelle
18 3. Angleichung des Lohns aller angestellten Lehrer*innen
19 auf ein vergleichbares Nettoeinkommen von angestell-
20 ten und verbeamteten Lehrer*innen
21 4. Bessere Bezahlung des akademischen Mittelbaus

22
23 **Begründung:**

24
25 Die Bildung ist in Deutschland das höchste Gut. Bei immer
26 knapperen Ressourcen und bei steigender Konkurrenz im
27 produzierenden Branchen weltweit, wird es umso wichtiger
28 auf Bildung zu setzen. Gute Bildung beginnt bereits in den
29 Krippen und legt die schulischen Grundsteine spätestens in
30 der Grundschule. Doch gerade diese grundsteinlegenden
31 Einrichtungen werden nicht in gleicher Höhe bezahlt. Das
32 führt zur Zeit zu Erzieher*innen- und Lehrer*innenmangel in
33 der kindlichen Bildung.

34 Erzieher*innen müssen eine immer längere Ausbildung
35 vorweisen und mit immer heterogeneren Gruppen arbeiten.
36 Die Arbeit an der Grundschule, nach einer ebenso, wie
37 beim Gymnasium 6,5jährigen staatlichen Ausbildung, wird
38 ebenso vielfältiger und verlangt mehr pädagogisches, er-
39 zieherisches und fachdidaktisches Wissen (Inklusion, Kin-
40 der mit Migrationshintergrund, Gespräche mit Poli-
41 zei/Jugendamt).

42 An Gesamtschulen erledigen Lehrer*innen die gleiche Ar-
43 beit und werden dafür unterschiedlich bezahlt. Spätestens
44 bei dem Vergleich angestellter und verbeamteter Leh-
45 rer*innen ist die unterschiedlich (Netto-)Bezahlung nicht
46 mehr zu vermitteln.

47 In der akademischen Bildung wird der Mittelbau, der den
48 Großteil der Lehre beschreitet, oft nur mit Teilzeitverträgen
49 und einer geringeren Einstufung, als Lehrer*innen, vergütet.

Bemerkungen:

*Zurücküberweisung
an den Antrags-
steller mit Bitte
um Überarbeitung*

50 All dies widerspricht einer gerechten Vergütung aller, in der
51 Bildung tätigen, Menschen und führt zu einem Ungleichge-
52 wicht in der Bewertung der Arbeit und Ausbildung sowie bei
53 der Anwahl des Berufs. Ein Mangel und zeitgleicher Über-
54 schuss an Personal ist somit vorprogrammiert

55

56 **Weiterleiten** an SPD Fraktion des Landtages
57 den Landesparteitag SPD Niedersachsen

58

59

60

61

Unterschrift Vorsitzende/r Untergliederung

1 **Antrag Nr. B 2....**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg-Stadt am 27.04.2019**

3 **Antragsteller: SPD-Ortsverein Stadtmitte Nord 1**

4
5 **KOSTENLOSE BILDUNG FÜR ALLE**

6
7 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge:

8
9 die Fraktion im Landtag auffordern, die Einführung kosten-
10 loser Bildung vom ersten Lebensjahr bis zum Ende der ers-
11 ten Berufsausbildung umzusetzen. Besonders hervorzuhe-
12 ben sind die oft parallel laufenden Kosten für Bücher, Mate-
13 rial, Fahrten, Essen, Kunst/Kultur und Wettbewerbe. Die
14 Mehrkosten für das Land sind durch steuerliche Refinanzierung
15 (z.B. Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Einführung
16 einer Finanztransaktionssteuer oder ähnlicher Art) auszu-
17 gleichen.

18
19 **Begründung:**

20 Die Bildung in Deutschland und ebenso in Niedersachsen
21 ist scheinbar kostenlos, dennoch gibt es immer wieder Fak-
22 toren, die dazu führen, dass Kinder aus Familien mit gerin-
23 gem Einkommen von der Teilhabe des Schullebens ausge-
24 schlossen sind. Bereits zu Beginn des Schuljahres wird leis-
25 tungsberechtigten Familien Geld ausgezahlt, für die sie
26 Schulbücher, Hefte, Kopiergeld etc. bezahlen sollen, doch
27 an vielen Schulen reicht das Geld nicht aus und es muss
28 aus dem knappen Budget hinzugezahlt werden. Darüber
29 hinaus sind Familien mit geringem Einkommen ohne Leis-
30 tungsberechtigung entsprechend stärker betroffen, da sie
31 für ihre Kinder die Kosten alleine tragen müssen. Durch die
32 Einführung der Ganztagschulen in Deutschland sind sozia-
33 le Unterschiede stärker sichtbar. In den Schulmensen gibt
34 es immer mehr Kinder, die nicht am Mensaeessen teilneh-
35 men können, da die durchschnittlich 3,50€ pro Essen den
36 verfügbaren Tagessatz übersteigen. Spätestens aber wenn
37 mehr als ein Kind auf Klassenfahrt fährt, dann beginnen
38 genügend Eltern damit Ausreden zu suchen, warum ihr
39 Kind nicht mit auf Klassenfahrt kommen kann, um die De-
40 mütigung zu vermeiden, dass sie nicht genügend Geld ha-
41 ben. Das Ausfüllen entsprechender Anträge auf Bildung
42 und Teilhabe (z.B. für Klassenfahrten und Mensa) über-
43 nehmen immer mehr die Klassenlehrer*innen oder die
44 Schulsozialarbeit, da Eltern oft genug damit überfordert
45 sind. Es kann nicht Ziel der Bildungspolitik sein, dass Schü-
46 ler*innen auf Grund der Einkommenssituation von kulturel-
47 ler Bildung (Museen etc.), Klassenfahrten oder einfach an
48 der Teilnahme im Unterricht durch fehlendes Material (Hef-
49 te, Stifte, Zirkel, Wasserfarbe, ...) ausgeschlossen werden.
50 Schule und Bildung im Allgemeinen muss für alle frei sein.

Bemerkungen:

*Annahme mit Ände-
rung:*

*Weiterleitung an
Bund*

51 Die Kosten sind vollständig ohne weitere Anträge vom Land
52 zu übernehmen und müssen durch steuerliche Mehrein-
53 nahmen refinanziert werden.
54 Bildung ist Menschenrecht und die Teilhabe aller ist obliga-
55 torisch!

56

57 **Weiterleiten** an SPD Fraktion des Landtag

58

59

60

61

Unterschrift Vorsitzende/r Untergliederung

1 **Antrag Nr. F1....**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **AfA Oldenburg-Stadt**

5 **REFORM VON ERBSCHAFTS- UND**
6 **SCHENKUNGSSTEUER**

7
8 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

9
10 Es erfolgt eine Reform der Erbschaftssteuer, die den Emp-
11 fehlungen des BverfG genügt. Hierbei wird die vom SPD-
12 Parteivorstand am 24.Juni 2017 eingesetzte Kommission
13 zur Vermögensbesteuerung beauftragt, konkrete Umset-
14 zungsschritte für eine stärkere Besteuerung großer Erb-
15 schaften mit folgenden Kernpunkten zu erarbeiten:

16
17 Die Übertragung des selbst genutzten Hauses der Eltern
18 und Großeltern bleibt als ererbtes Wohneigentum bis zu
19 einem Freibetrag von 1,5 Mio Euro steuerfrei.

20
21 Die geltenden Verschonungsregelungen ererbten Be-
22 triebsvermögens sollen konsequenter an den dauerhaften
23 Erhalt der Arbeitsplätze gebunden werden. Eine vollständig
24 steuerfreie Übertragung großer Betriebsvermögen soll es
25 künftig nicht mehr geben.

26
27 Die mehrfache Nutzung von Freibeträgen bei der Schen-
28 kungs- wie Erbschaftssteuer wird abgeschafft.

29
30 Die Höhe der Erbschaftssteuer soll einen Gesamtertrag von
31 10% des zu versteuernden betrieblichen Erbvermögens er-
32 geben.

33
34 Die maßgeblich vom Verwandtschaftsgrad zwischen Erb-
35 lasser und Erben bestimmte Höhe der Erbschaftssteuer und
36 die persönlichen Freibeträge werden unter dem Aspekt so-
37 zialer Gerechtigkeit und Ausgewogenheit vereinfacht und
38 reduziert.

39
40 Begründung:

41
42 Das Steuerrecht ist sozial gerecht zu gestalten.

43
44 Die jetzige Besteuerung von Erbschaften verschärft die
45 soziale Spaltung in Deutschland. Durch das Erbe wechseln
46 in den nächsten Jahren bis zu vier Billionen Euro den Besit-
47 zer. Dieser Vermögenstransfer entspricht dem Matthäus-

Bemerkungen:
Annahme

48 Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben. So erhalten acht Pro-
49 zent der Bevölkerung als Erben zwei Fünftel des zu verer-
50 benden Vermögens – während jeder Zweite dagegen leer
51 ausgeht.

52
53 Bei Erben/Beschenkten erfolgt bei Zuwendungen in Höhe
54 von 50.000 – 100.000 Euro eine durchschnittliche Besteue-
55 rung in Höhe von 7,5%.

56
57 Demgegenüber erben Reiche außerordentlich günstig. Der
58 Fiskus erhält von Erben großer Vermögen nur drei Prozent
59 an Steuern. In den letzten Jahren konnten (sogar) über 100
60 Milliarden Euro Betriebsvermögen steuerfrei verschenkt
61 oder vererbt werden. Die steuerliche Privilegierung ererbten
62 bzw. geschenkten Betriebsvermögens bis hin zur Nichtbe-
63 steuerung wird damit offensichtlich.

64
65 Lt. dem Statistischen Bundesamt lag der effektive Steuer-
66 satz im Jahr 2016 bei der Schenkung von Betriebsvermö-
67 gen in Höhe von über 20 Mio. Euro bei nur 0,7 %. Die steu-
68 errechtlichen Sonderregelungen bei Schen-
69 kung/Vererbung/Übertragung von Betriebsvermögen, Land-
70 und Forstwirtschaft und Anteilen an Kapitalgesellschaften
71 führten fiskalisch zwischen 2015 und 2018 zu Steuerverlus-
72 ten in Höhe von 31,2 Milliarden EURO. Reich zu nennende
73 Privatpersonen können legal ihre Reichtümer als Betriebs-
74 vermögen verschenken.

75
76 Die mit diesen Schenkungen verbundenen steuerlichen Be-
77 günstigungen sind ökonomisch nicht zu rechtfertigen. Kein
78 Mittelständler bekommt bei einer steuerlichen Belastung
79 von 0,7 % - alle 30 Jahre – finanzielle Probleme, um bei In-
80 vestitionen zu sparen oder gar auf die Idee, sein Unterneh-
81 men ins Ausland zu verlegen.

82
83 Wenn mittlere Erbschaften und Schenkungen unverhält-
84 nismäßig viel höher besteuert werden als Riesenschenkun-
85 gen, führt diese steuerliche Ungleichbehandlung zwischen
86 Vermögenden und normalen Steuerbürgern dazu, das Ver-
87 trauen in den Rechtsstaat zu untergraben. Das Prinzip der
88 Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, überhaupt das Steu-
89 errecht im Sinne sozialdemokratischer Steuerpolitik sozial
90 gerecht zu gestalten, wird unterlaufen.

91
92 Der von Bundesrat und Bundestag ausgehandelte Kom-
93 promiss zur Reform der Erbschaftssteuer enthält erhebliche
94 verfassungsrechtliche Risiken, da die Empfehlungen des
95 Karlsruher Urteils lediglich ansatzweise umgesetzt wurden.
96 Der Kompromiss entspricht nicht sozialdemokratischen Po-
97 sitionen zu einer gerechten Steuerbelastung. Die Hinter-
98 lassenschaft von Reichtum darf sich nicht in der Folge der

99 Generationen in den Händen weniger kumulieren und allein
100 aufgrund von Herkunft/Verwandtschaft oder persönlicher
101 Verbundenheit ungerechtfertigt anwachsen.

102

103 Bei der Besteuerung von Erbschaften muss gleiches Recht
104 für alle gelten. Die bestehende steuerlich übermäßige Privi-
105 legierung großer Betriebsvermögen ist deshalb abzuschaf-
106 fen. Gleichzeitig ist sicher zu stellen, dass mit der Erb-
107 schaftsteuer weder der Bestand des Unternehmens noch
108 der Arbeitsplätze gefährdet wird.

109

110 Die mehrfache Nutzung von Freibeträgen, welche eine
111 komplett steuerfreie Weitergabe hoher Vermögen ermög-
112 licht, führt eklatant zu einer Anhäufung von Reichtum, ohne
113 dass die Erben bzw. Beschenkten fiskalisch in Anspruch
114 genommen werden. Dies entspricht nicht einem im
115 sozialdemokratischen Sinne sozial gerecht gestalteten
116 Steuerrecht.

117

118 Weiterleiten an:

119 - SPD-Parteivorstand

120

1 **Antrag Nr. F 2....**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **Jusos Oldenburg / Ammerland**

Bemerkungen:
Annahme

4
5 **GEMEINNÜTZIGKEIT FÜR NGOS SCHÜTZEN**

6
7 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8
9 Der SPD Unterbezirk Oldenburg-Stadt fordert alle Mandats-
10 träger*innen dazu auf, sich für eine Änderung der Abga-
11 benordnung – wie folgend beschrieben – stark zu machen:

- 12
13 1. Die Abgabenordnung muss so geändert werden, dass
14 die politische Willensbildung durch zivilgesellschaftliche
15 Organisationen den angemessenen Rechtsrahmen er-
16 hält und alle entsprechenden Ziele als gemeinnützig an-
17 erkannt werden.
18
19 2. Dazu muss § 52 (Gemeinnützige Zwecke) der AO an
20 mehreren Stellen geändert werden:
21
22 3. In Satz 1 ist die Formulierung „Eine Körperschaft ver-
23 folgt gemeinnützige Zwecke, wenn ihre Tätigkeit darauf
24 gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistig-
25 em oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern“ durch
26 den Zusatz „der demokratischem“ zu ergänzen.
27
28 4. Die Liste in Absatz 2 ist durch folgende Themen zu er-
29 weitern: Förderung der Wahrnehmung und Verwirkli-
30 chung von Grundrechten, Frieden, soziale Gerechtigkeit,
31 Klimaschutz, informationelle Selbstbestimmung, Men-
32 schenrechte und Gleichstellung der Geschlechter.
33
34 5. Das in Aufzählungsnummer 24 genannte Verbot, kom-
35 munalpolitische Ziele zu verfolgen, soll ersatzlos gestri-
36 chen werden.
37
38 6. Der ebenda enthaltene Zusatz „im Geltungsbereich die-
39 ses Gesetzes“ soll ersatzlos gestrichen werden.
40
41 7. In § 58 (steuerlich unschädliche Betätigungen) der AO
42 ist aufzunehmen, dass die Beteiligung an der politischen
43 Willensbildung unschädlich für die Gemeinnützigkeit ist.
44
45
46

47 Begründung:

48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73

In Paragraf 52 der Abgabenordnung sind 25 Zwecke genannt, die gemeinnützig sind: darunter der Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz. Ausschließlich zu diesen Zwecken dürfen sich gemeinnützige Vereine dann auch politisch äußern - sofern dieser Zweck in ihrer Satzung steht.

Nicht gemeinnützig sind die Wahrnehmung und Verwirklichung von Grundrechten, der Einsatz für Frieden, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, informationelle Selbstbestimmung, für Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter. Diese gigantische Lücke war bisher nur zu verkraften, weil sich gemeinnützige Vereine auf die Förderung der Bildung berufen konnten, wenn sie zu diesen Themen arbeiten wollten.

Aktuell wurde Attac die Gemeinnützigkeit aberkannt und Campact stellt keine Spendenbescheinigungen mehr aus. Die Jusos Oldenburg / Ammerland befürchten eine Kettenreaktion und den Verlust von zivilgesellschaftlichem Engagement durch die Aberkennung von Vereinen, die sich für die politische Bildung engagieren.

Weiterleiten an:
SPD-Bundestagsfraktion

1 **Antrag Nr F3.**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **OV Eversten**

4
5 **RECHT AUF ONLINEBANKING**

6
7 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8
9
10 Die Fraktion der SPD im Bundestag soll darauf hinwirken,
11 dass ein rechtlicher Rahmen geschaffen wird, der Banken
12 dazu verpflichtet, Ihren Kunden auch dann Onlinebanking
13 zu ermöglichen, wenn diese ein Basiskonto und / oder ein
14 Pfändungsschutzkonto (P-Konto) führen.

15
16
17
18 Begründung:

19
20 Zur Zeit ist es so, dass Banken in dem Falle, dass Men-
21 schen in finanzielle Nöte kommen und ihr Konto in ein
22 Pfändungsschutzkonto (P-Konto) umwandeln müssen, ih-
23 nen das Onlinebanking kündigen.

24
25 Dies erschwert es den betroffenen Menschen, in einer Zeit,
26 in der es immer weniger Filialen gibt und auch viele finazi-
27 ellen Abläufe online stattfinden, den Überblick über ihre fi-
28 nanzielle Situation zu behalten und diese zu verwalten.

29
30 Auch sind mit den offline-Transaktionen in der Regel höhe-
31 re Kosten verbunden, was eine weitere Zusatzbelastung
32 darstellt.

33
34 Auch sind Banken nicht verpflichtet bei der Einrichtung von
35 Basiskonten diese mit Onlinefunktionen auszustatten. Dort
36 gilt das selbe wie bei P-Konten, da Basiskonten für viele
37 Menschen ein erster Schritt für aus der Armut und Obdach-
38 losigkeit sind.

39
40
41
42
43 Weiterleiten an:
44 SPD-Fraktion im Bundestag, Bundesparteitag der SPD
45

Bemerkungen:

Annahme

1 **Antrag Nr. F 4....**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **SPD AG 60plus**

5 **MEHRWERTSTEUER-SATZ FÜR PRODUKTE FÜR**
6 **KINDER SENKEN**

7
8 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

9
10 Die SPD Oldenburg beantragt, die Mehrwertsteuer für Pro-
11 dukte für Kinder (z.B. Babynahrung und Windeln, Spielzeu-
12 ge, Kinderkleidung...) von 19% auf 7% zu senken.

13
14
15 Begründung:

16
17 Alleinerziehende und Familien mit Kindern sind einem deut-
18 lich höheren Armutsrisiko ausgesetzt, als andere Bevölke-
19 rungsgruppen.

20
21 Für Blumen, Bücher, Tiernahrung und andere Artikel gilt be-
22 reits seit Jahrzehnten der ermäßigte Mehrwertsteuersatz in
23 Höhe 7%. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Produkte für
24 Kinder mit dem hohen Steuersatz beaufschlagt werden.
25 Durch die Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf den er-
26 mäßigten Satz für die genannten Produktgruppen würden
27 gezielt Alleinerziehende und Familien mit Kindern zumin-
28 dest um einen Teil ihrer Lebenshaltungskosten entlastet
29 werden. Wir halten dies aus Gründen einer

30
31
32 Weiterleiten an:

33
34 SPD Fraktion des Bundestages
35

Bemerkungen:

Annahme

Bemerkungen:

*Verpflichtung zur
Erarbeitung einer
gemeinsamen
Position mit dem
Antragssteller*

1 **ANTRAG NR. FEM 1....**
2 **ZUM UB-PARTEITAG OLDENBURG AM 27.04.2019**

3 **ASF OLDENBURG**

4
5 **PARITÉ!**

6
7 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8
9 Kandidaturen (Kandidat*innen und „Huckepack“-Kandidat*innen) für
10 das Europäische Parlament müssen aus dem Bereich des SPD-
11 Unterbezirks Oldenburg-Stadt paritätisch besetzt sein.

12
13 Kandidaturen des SPD-Unterbezirks Oldenburg-Stadt für den
14 Bundestagswahlkreis Oldenburg/Ammerland müssen - so die/der
15 bisherige/r Mandatsträger*in nicht mehr zur Verfügung steht -
16 alternierend besetzt werden: War bislang ein Mann Mandatsträger, ist
17 eine Frau zur Kandidatin aufzustellen und umgekehrt. Über diese
18 Regelung ist mit dem KV Ammerland Einigkeit zu erzielen.

19
20 Kandidaturen für die beiden Landtagswahlkreise innerhalb des SPD-
21 Unterbezirks Oldenburg-Stadt müssen jeweils mit einer Frau und
22 einem Mann besetzt werden.

23
24 Die Listen der Wahlkreise zur Kommunalwahl (Ortsvereine) sind
25 paritätisch aufzustellen und nach dem Reißverschlussverfahren zu
26 gestalten. Dabei haben mindestens die Hälfte der Oldenburger SPD-
27 Ortsvereine eine Frau auf dem 1. Listenplatz zu wählen.
28 Wenn keine weiblichen/männlichen Bewerber*innen mehr vorhanden
29 sind, ist die Liste zu schließen.

30
31
32 Begründung:

33 Der prägnanten Unterbesetzung der Parlamente mit Frauen - die
34 51% der Bevölkerung darstellen - ist entschieden entgegenzutreten
35 und geeignete Maßnahmen müssen ergriffen werden. Die weibliche
36 Mehrheit der Bevölkerung ist noch
37 nicht einmal zu einem Drittel in Parlamenten vertreten.
38 Die Möglichkeit, paritätisch Frauen zu wählen, ist aber die
39 Voraussetzung für die gerechte Vertretung und Durchsetzung der
40 politischen Belange und Interessen aller Bürgerinnen und Bürger. Nur
41 eine die Bevölkerung widerspiegelnde Aufstellung von Kandidatinnen
42 und Kandidaten kann das aktuelle demokratische Defizit ausgleichen.
43 Ohne gleichberechtigte Parlamente keine gleichberechtigte
44 Gesetzgebung und keine gleichberechtigte Gesellschaft.
45 Ziel muss daher die Parität bei den Kandidaturen und in den
46 Parlamenten sein!

47
48 Weiterleiten an:
49
50
51
52

1 **Antrag Nr. G1....**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **Jusos Oldenburg/Ammerland**

4

5 **EINE NEUE ZEITGEMÄßE DROGENPOLITIK BE-**
6 **SCHLIEßEN**

7

8 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

9

10

11 Die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion in Nie-
12 dersachsen bzw. der Landesparteitag der SPD Niedersach-
13 sen werden mit Nachdruck dazu aufgefordert, eine Reform
14 der Drogenpolitik zu beschließen und herbeizuführen, die
15 folgenden Inhalt hat:

16

17 – Erwerb, Einfuhr, Anbau und Konsum von Cannabis wer-
18 den legalisiert. Die Bedingungen hierfür entsprechen denen
19 der Regelungen des Umgangs mit Tabak. Darüber hinaus
20 wird eine angemessene Cannabis-Steuer geschaffen und
21 zur Finanzierung von Präventions- und Entzugsprogram-
22 men für alle legalen und illegalen Drogen herangezogen.

22

23 Weiterhin fordern wir die Landesregierung auf eine Bundes-
24 ratsinitiative mit dem Ziel der Legalisierung zu starten.

25

26

27

28 Begründung:

29

30

31

32

33

34

35 Weiterleiten an:

36

37

Bemerkungen:

*Keine Empfehlung
Der AK*

**Antrag Nr. G 2....
zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

Juso UB Oldenburg/ Ammerland

**AUFHEBUNG DES RENTABILITÄTSSYSTEMS UND EINFÜHRUNG
DES FÜRSORGE- UND VERSORGUNGSSYSTEMS IM GESUND-
HEITSWESEN**

Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen: Das deutsche Gesundheitssystem neu auszurichten. Dabei soll das Rentabilitätssystem mit seinem fallpauschalisierten Abrechnung nach G-DRG und dem Ziel der Gewinnmaximierung abgeschafft werden, zugunsten eines System, welches wieder auf die menschenwürdige medizinische Versorgung ausgerichtet ist. In diesem Zusammenhang fordern wir:

1. Abschaffung der fallpauschalisierten Abrechnung
2. Kliniken dürfen Defizite machen die im Bedarfsfalle von staatlichen Hilfen ausgeglichen werden
3. Krankenkassen dürfen keinen Überschüsse mehr erwirtschaften, sondern sollen kostendeckend arbeiten
4. Das bestehende Krankenkassensystem abschaffen und zu dem von er SPD bereits vorgeschlagenen Bürger*innenversicherungssystem einführen
5. Medizinische Leistungen werden kostendeckend bezahlt auf Grundlage eine Rechnung welcher vom Leistungserbringer geschrieben wird. Krankenkassen dürfen im Fünf Jahresmittel keine Gewinne machen.

Begründung:

Durch die aktuelle Ausrichtung des Gesundheitssystems wird es auf kurz oder lang zu einem Kollaps des Systems kommen. Erste Vorboten sind der Fachkräftemangel innerhalb des ärztlichen und pflegerischen Personals in den Kliniken, Pflegeeinrichtungen, ambulanten Diensten und auf dem Land. Die personellen Engpässe kommen durch die Anwendung neoliberalistische Methoden, wie den Abbau von Stellen zugunsten von Profitmaximierung, zustande. Eine weitere Begleiterscheinung ist die hohe Fehlerquote innerhalb der klinischen Versorgung von Patienten, jedes Jahr sterben ca. 600000 Patienten die mit behandelbaren

Bemerkungen:

*Überweisung an den UBV
zur Orga eines OL-
Abends*

Erkrankungen in die Kliniken gebracht werden und im Verlauf durch Behandlungs- oder Pflegefehler versterben.

Des Weiteren begünstigt dieses System das Klinik- und Praxissterben in ländlichen Gebieten. Da Kliniken gezwungen werden sich zu spezialisieren und defizitäre medizinische Disziplinen wie z.B Gynäkologie und Geburtshilfe nicht mehr anzubieten. Auf dem Land fehlt es an Ärzt*innenpraxen, da diese meist nicht rentabel sind, weil die Krankenversicherungen den Hausärzt*innen nur gewisse Kontingente für die Versorgung von Kassenpatienten zur Verfügung stellen. Ist dieses Kontingent aufgebraucht, so ist es aktuell nicht rentabel für die Praxen Kassenpatienten zu behandeln.

Dadurch, dass die Abrechnung sich nach den G-DRG(German-Diagnosis-Related-Groups) richtet, sind leichtere Erkrankungen wie z.B eine Blinddarmentzündung oder der Betrieb einer interdisziplinären Notaufnahme nicht mehr rentabel. Somit sind die meisten Kliniken gezwungen ihren Schwerpunkt auf die Operation von komplizierten oder schweren Erkrankungen zu legen, wodurch nicht chirurgische Disziplinen an Bedeutung verlieren. Durch den Fokus auf Operationen, ist das Personal in den OP-Sälen gezwungen in Akkordarbeit, ähnlich wie Fließbandarbeit, zu arbeiten, um dem neoliberalen Bedürfnis nach stetiger Effizienzsteigerung nachzukommen.

Der mit der Effizienzsteigerung einhergehende Druck, der auf dem pflegerischen und ärztlichen Personal lastet führt zu hohen Fehlerquoten innerhalb der medizinischen Versorgung.

Es könnten noch unzählige weitere Beispiele nennen.

Weiterleiten an:
SPD Bundestagsfraktion

**Antrag Nr. G 3....
zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

Juso UB Oldenburg/ Ammerland

ANERKENNUNG VON SEXUALASSISTENZ ALS BERUFSBILD UND STRAFFREIHEIT FÜR DIE AUSÜBUNG

Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Dass Sexualassistenz als Berufsbild anerkannt wird im Zuge dessen ein Berufsausübungsgesetz zu schaffen, was die Straffreiheit der Tätigkeit garantiert.

Begründung:

Menschen mit Behinderungen unterliegen immer noch dem Stigma, sie sein asexuell und würden keine sexuelle Identität besitzen. Das Gegenteil wurde bewiesen, häufig können Menschen mit Beeinträchtigungen ihre Sexualität nicht ausleben, was zu einer Verschlimmerung dieser Beeinträchtigung führen kann.

Um Menschen mit Behinderungen die Ausübung ihrer Sexualität zu ermöglichen, gibt es bisher nur auf freiwilliger Basis ausgebildetes Personal. Diese Fachkräfte werden nicht selten des sexuellen Missbrauchs bezichtigt oder ihnen wird illegale Prostitution vorgeworfen.

Die Schaffung eines neuen Berufsbildes, würde dafür sorgen, dass ein einheitliches Ausbildungscurriculum geschaffen wird, rechtliche Rahmenbedingungen und Sicherheiten für die Tätigkeit verabschiedet werden.

Weiterleiten an:

SPD Landtagsfraktion

SPD Bundestagsfraktion

Bemerkungen:

Annahme mit Änderung

(...) anerkannt wird. Im Zuge dessen ist

1 **Antrag Nr. K1....**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **AfA Oldenburg-Stadt**

5 **ERBBAURECHT BEI GRUNDSTÜCKSVKÄUFEN**

6
7 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8
9 Städtische Grundstücke werden künftig bevorzugt im Erb-
10 baurecht vergeben und nicht mehr veräußert.

11
12
13 Begründung:

14
15 Es ist nur kurzfristig gedacht, wenn wertvolle Immobilien
16 und Grundstücke verkauft werden in der Hoffnung, dass die
17 Bauräger auch bezahlbaren Wohnraum schaffen. Damit
18 nimmt sich die Stadt und den nachfolgenden Generationen
19 wichtige Planungs- und Steuerungsmöglichkeiten.

20
21 Das Erbbaurecht hat den Vorteil, dass die Grundstücke wei-
22 terhin im Eigentum der Stadt bleiben und den kommenden
23 Generationen Vermögen und Handlungsspielraum in der
24 Flächennutzung erhalten bleiben.

25
26 Nach Ablauf der Erbpacht kann die Stadt neu entscheiden,
27 was mit der Immobilie geschieht. Angesichts der immer we-
28 niger freien Flächen im Stadtgebiet, kann dies ein Segen für
29 die nachfolgenden Generationen sein.

30
31 Von dieser Maßnahme können auch Familien oder Arbeit-
32 nehmer*innen mit geringerem Einkommen profitieren, da
33 sich die Kosten für Wohneigentum durch den Wegfall eines
34 noch zusätzlich zu zahlenden Grundstückspreises verrin-
35 gern würden

36
37
38 Weiterleiten an:

- 39 - Oberbürgermeister Jürgen Krogmann
40 - SPD-Ratsfraktion
41

*Bemerkungen:
Erledigt durch
Beschlüsse des
letzten UB-PT*

1 **Antrag Nr. K 2....**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **Jusos UB Oldenburg/Ammerland**

5 **SOLIDARITÄT MIT FRIDAYS FOR FUTURE**

6
7 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8
9 Der Unterbezirk der SPD Oldenburg-Stadt solidarisiert sich
10 mit den streikenden Schüler*innen, die sich unter dem Ban-
11 ner #FridaysForFuture für konsequenten Klimaschutz ein-
12 setzen.

13
14 Er begrüßt das Engagement und wertet es als Zeichen ei-
15 ner aktiven und lebendigen Demokratie.

16
17 Er fordert alle politischen Handlungsträger*innen dazu auf,
18 Maßnahmen gegen den schon begonnenen Klimawandel
19 weiterhin zu unterstützen und noch weitreichendere einzu-
20 leiten, damit das Übereinkommen von Paris wirksam umge-
21 setzt werden kann.

22
23
24
25 Begründung:

26
27 #FridaysForFuture ist eine weltumspannende, überpartei-
28 liche und lose Organisation, die von der Schwedin Greta
29 Thunberg initiiert wurde. Zuletzt 30.000 Schüler*innen
30 nahmen in Deutschland an Demonstrationen für Klima-
31 schutzmaßnahmen statt. Sie reagieren mit ihren Protesten
32 auf die nur mäßige internationale Bereitschaft von politi-
33 schen Handlungsträger*innen, das Abkommen von Paris
34 umzusetzen und den Klimawandel effektiv zu bremsen.

35
36
37
38 Weiterleiten an:
39 SPD Bezirk Weser-Ems
40 SPD Landesverband Niedersachsen
41 SPD-Fraktion der Stadt Oldenburg
42 SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen
43 SPD-Bundestagsfraktion
44

Bemerkungen:

Annahme

1 **Antrag Nr. .P 1...**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **OV Eversten**

4
5 **BEITRAGSFREISTELLUNG LANGJÄHRIGER,**
6 **PFLEGEBEDÜRFTIGER SPD MITGLIEDER**

7
8 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

9
10 Die SPD Eversten beantragt eine Änderung der Beitrags-
11 satzung im §1 im folgenden Sinne:

12 Für langjährige Mitglieder (mindestens 30 Jahre), die auf-
13 grund einer Heimunterbringung, anderer gesundheitlicher
14 und die damit einhergehenden wirtschaftlichen Aspekte soll
15 die Möglichkeit eingeräumt werden, auf schriftlichen
16 Wunsch beitragsfrei gestellt zu werden und Mitglied der
17 SPD zu bleiben

18
19
20
21 Begründung:

22
23 Wir beobachten in unserem Ortsverein, dass es für zahlrei-
24 che Genoss*Innen es aufgrund von Krankheit und Alter zu-
25 nehmend schwieriger ist, den Parteibeitrag, auch den ver-
26 minderten, aufzubringen. Gerade bei Unterbringung in ei-
27 nem Heim zählt jeder Cent. Oft ist damit auch eine Abhän-
28 gigkeit von Kindern und/oder Schwiegerkindern verbunden,
29 denen man nicht finanziell zu Last fallen möchte. In letzter
30 Zeit häufen sich solche Austrittsgründe. Viele Ge-
31 noss*Innen würden gerne weiterhin Mitglied der SPD blei-
32 ben, sehen aber keinen anderen Ausweg. Um hier einen
33 guten, sozialen und würdevollen Umgang miteinander zu
34 finden, bitten wir um Zustimmung unseres Antrages.

35
36
37
38 Weiterleiten an:

39
40 Parteivorstand der Bundes-SPD, Bundesparteitag der SPD
41

Bemerkungen:

Annahme

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44

**Antrag Nr P 2.
zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

OV Eversten

TRANSPARENZ IN DER ANTRAGSBEARBEITUNG

Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Der SPD Unterbezirk Stadt Oldenburg wird aufgefordert, schnellstmöglich ein Instrument zu schaffen, - gerne auch digital - das eine aktuelle Übersicht über den Stand aller gefassten Anträge von Parteitag, Ratsausschüssen, Gremien und Arbeitsgemeinschaften der SPD Oldenburg sowie Anfragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern erlaubt.

Begründung:

Wir können feststellen, dass einige Anträge, die auf Parteitagen beschlossen wurden und/oder von Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereinen gestellt wurden, in der Folge wirkungslos blieben, weil keine zeitnahe Bearbeitung und/oder Weiterleitung an die Verwaltung erfolgte. Antragsteller müssen in angemessener Zeit prüfen können, wie ihr Antrag bearbeitet wurde, welche Zeitschienen nötig sind, ob es erste Ergebnisse gibt.

Durch das geforderte Instrument soll die Antragsbearbeitung transparenter und für die engagierten Genoss*innen leichter zugänglich sein. Hierdurch wird es den Genoss*innen auch ermöglicht, schneller auf Fragen der Bürger*innen zu aktuellen Themenstellungen, die an sie herangetragen wurden, zu antworten. Letztendlich führen schnelle Ergebnisse zu den Anträgen der Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften zu einer gesteigerten Motivation und Wertschätzung für die Mitarbeit.

Weiterleiten an:

Bemerkungen:

Überweisung an den UBV zur Erarbeitung eines schlüssigen Konzeptes

1 **Antrag Nr. S1....**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **AfA Oldenburg-Stadt**

4

5 **ABGELTUNGSSTEUER ABSCHAFFEN!**

6

7 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8

9 Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Abschaffung der Ab-
10 geltungssteuer soll endlich umgesetzt werden, damit wieder
11 der persönliche Einkommensteuersatz auf Kapitalerträge
12 gezahlt werden muss.

13

14

15 Begründung:

16

17 Die bisherige Abgeltungssteuer ist ungerecht, weil sie hohe
18 Einkünfte aus Kapitalerträgen deutlich besserstellt als Ein-
19 künfte aus Arbeit. Dies bevorzugt in unangemessener Wei-
20 se Wohlhabende und Reiche, zumal durchschnittliche Men-
21 schen aufgrund der niedrigen Zinsen gar nicht in der Lage
22 sind, nennenswerte Kapitalerträge zu erzielen.

23

24 Dies wurde bereits in den Koalitionsverhandlungen erkannt
25 und daher auch die Abschaffung der Abgeltungssteuer in
26 der Großen Koalition festgeschrieben. Es sollte wieder zur
27 althergebrachten Besteuerung mit dem persönlichen Ein-
28 kommensteuersatz übergegangen werden.

29

30 Leider ist seitdem nichts Konkretes passiert, obwohl dies
31 ein sozialdemokratisches Kernanliegen ist. Wir stellen da-
32 her diesen Antrag, um dieses Vorhaben wieder in Erinne-
33 rung zu rufen und Druck aufzubauen.

34

35

36 Weiterleiten an:

37 - SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Parteivorstand

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

Bemerkungen:
Annahme

1 **Antrag Nr. S2....**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **AfA Oldenburg-Stadt**

5 **BUSFAHREN FÜR 1 € AM TAG**

6
7 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8
9 Die Tarifstruktur des Öffentlichen Personennachverkehrs
10 (ÖPNV) in Oldenburg soll so angepasst werden, dass die
11 VWG-Busse für nur 1 € am Tag bzw. maximal 365 € im
12 Jahr genutzt werden können.

13
14 Die Änderung soll so durchgeführt werden, dass auch Ge-
15 legenheitsnutzer deutlich günstiger als heute Bus fahren
16 können.

17
18 Zudem ist darauf zu achten, dass die Tarifsenkung im Ol-
19 denburger Stadtgebiet auch zu günstigeren Fahrten in die
20 übrigen Tarifzonen des VBN führt, z. B. nach Rastede und
21 Bad Zwischenah und natürlich Bremen.

22
23 Gleichzeitig soll das Busangebot angesichts der zu erwar-
24 tenden Nachfragesteigerung durch Taktverdichtungen an
25 allen Wochentagen deutlich ausgeweitet werden.

26
27 Zur Gegenfinanzierung soll, falls erforderlich, insbesondere
28 der motorisierte Individualverkehr herangezogen werden.

29
30
31 Begründung:

32
33 Der ÖPNV in Oldenburg ist trotz aller guten Ansätze oftmals
34 aufgrund zu hoher Kosten nicht attraktiv. Im Gelegenheits-
35 verkehr sind für eine einzelne Hin- und Rückfahrt in aller
36 Regel schon 5 € fällig, was die Kosten einer Pkw-Fahrt in-
37 inklusive Parkgebühren zumeist übersteigt. Eine Monatskarte
38 kostet zwischen 45 und 57 €, also 540 € bis 684 € im Jahr.

39
40 Für viele Menschen, die auf den ÖPNV angewiesen sind,
41 ist dies zu viel. Selbst vergünstigte Fahrkarten sind spätes-
42 tens dann unattraktiv, wenn man zu zweit oder dritt unter-
43 wegs ist. Mobil zu sein ist auch eine Frage der sozialen Ge-
44 rechtigkeit.

45
46 Außerdem ist das Ziel der SPD, den ÖPNV gegenüber dem
47 motorisierten Individualverkehr zu stärken. Ein Umstieg auf

Bemerkungen:

*Keine Empfehlung
der AK*

48 das Fahrrad ist vielfach keine praktikable Lösung, gerade
49 bei größeren Entfernungen. Unser seit langem proklamier-
50 tes Ziel, die Mobilitäts- und Verkehrswende, werden wir nur
51 erreichen, wenn ÖPNV für alle preislich attraktiv und überall
52 ausreichend verfügbar ist.

53
54 Erfahrungen in anderen Städten, so etwa in Wien, wo eine
55 Jahreskarte für 365 € seit 2012 existiert, zeigen, dass die
56 Zahl der Fahrgäste erheblich steigt (dort um fast 100 Mio.
57 im Jahr) und sich die Anzahl der Einwohner mit Jahreskarte
58 mehr als verdoppeln kann. Trotz eines umfassenden Netz-
59 ausbaus besteht daher in Wien seit der Preissenkung kein
60 zusätzlicher Zuschussbedarf, weil die Mehreinnahmen die
61 Mehrkosten decken.

62
63

64 Weiterleiten an:

- 65 - Oberbürgermeister Jürgen Krogmann
- 66 - SPD-Ratsfraktion

1 **Antrag Nr. S3....**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **AfA Oldenburg-Stadt**

5 **DASEINSVORSORGE VERSTAATLICHEN!**

6
7 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8
9 Einrichtungen und Unternehmen, die mit ihren Dienstleis-
10 tungen die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten, sol-
11 len grundsätzlich in staatlicher Hand sein. Privatisierungen
12 in diesem Sektor sollen wieder rückgängig gemacht wer-
13 den, wobei von Fall zu Fall zu entscheiden ist, ob die wie-
14 derverstaatlichte Dienstleistung auf kommunaler, Landes-
15 oder Bundesebene angesiedelt wird.

16
17 Das Geschäftsgebahren soll sich zukünftig nicht an Profitin-
18 teressen, sondern an einer funktionieren und kostengünsti-
19 gen flächendeckenden Grundversorgung und dem Allge-
20 meinwohl ausrichten.

21
22 Zur öffentlichen Daseinsvorsorge zählen wir mindestens die
23 folgenden Einrichtungen und Unternehmen.

- 24 ▪ Krankenhäuser, Kliniken und Pflegeeinrichtungen
- 25 ▪ Energie- und Wasserversorgung
- 26 ▪ Schienenverkehr und –infrastruktur
- 27 ▪ Straßen
- 28 ▪ Häfen und Flughäfen
- 29 ▪ Post- und Paketdienstleistungen
- 30 ▪ Leitungsgebundene Kommunikationsnetze

31
32 Es ist allerdings darauf zu achten, dass auch nach Ver-
33 staatlichung die Dienstleistungen kundenfreundlich und effi-
34 zient angeboten werden.

35
36 Begründung:

37
38 Damit Deutschland ein wohlhabendes und fortschrittliches
39 Land bleibt, braucht es eine leistungsfähige Infrastruktur zur
40 Daseinsvorsorge. Damit alle Menschen davon profitieren
41 und an ihr teilhaben können, muss sie zudem flächende-
42 ckend und preisgünstig verfügbar sein. Beides ist in den
43 letzten Jahren immer weniger gegeben. Ein wesentlicher
44 Grund dafür sind die Privatisierungen der vergangenen
45 Jahrzehnte, die plötzlich für enormen Renditedruck sorgten
46 und Qualität sowie Verfügbarkeit sekundär werden ließen.

Bemerkungen:

*Keine Empfehlung
der AK*

48 Bei den aufgeführten Branchen handelt es sich ausnahms-
49 los um natürliche Monopole, in denen sich auch unter wett-
50 bewerblichen Bedingungen kein sinnvoller oder nutzbrin-
51 gender Wettbewerb einstellen kann.

52
53 Ein gutes Beispiel hierfür ist die Post: Die Briefmenge sinkt
54 insgesamt; doch statt eines laufen nun vielerorts zwei oder
55 mehr Postzusteller durch die Straßen. Das ist volkswirt-
56 schaftlich ineffizient und sorgt über den Renditedruck dafür,
57 dass immer mehr Postfilialen geschlossen werden.

58
59 Gleiches gilt für konkurrierende Telekommunikationsanbieter,
60 die in profitablen Städten teilweise parallele DSL-
61 Leitungen verlegen, aber es trotz aller Bitten des Staates
62 auf dem Land immer noch kein schnelles Internet anbieten.

63
64 Die Liste der Beispiele lässt sich beliebig fortsetzen. Dieser
65 Zustand aber schadet massiv den Menschen und Unter-
66 nehmen in diesem Land und stellt mittlerweile sogar die
67 Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen infrage, wenn z.
68 B. der Weg zum nächsten Krankenhaus untragbar lang
69 wird.

70
71 Gleichwohl birgt eine Verstaatlichung aber auch das Risiko,
72 dass vielerorts wieder die sprichwörtliche Behördenmental-
73 ität Einzug hält. Schleppende Innovationen oder Öffnungs-
74 zeiten nur bis Freitagmittag sind inakzeptabel. Es ist daher
75 stets sicherzustellen, dass die angebotenen Dienstleistun-
76 gen so nachfragegerecht und kundenfreundlich wie möglich
77 erfolgen.

78
79 Übrigens gibt es bereits zahlreiche Beispiele für geplante
80 oder durchgeführte Wiederverstaatlichungen öffentlicher
81 Infrastruktur, z. B. des Stromnetzes in Hamburg.

82
83 Weiterleiten an:

- 84 - SPD-Bundestagsfraktion
- 85 - SPD-Parteivorstand

86

1 **Antrag Nr. S4....**
2 **Antrag zum UB-Parteitag am 27.04.2019**

3 **Antragsteller: AfA Oldenburg**

Bemerkungen:
Annahme

5 **SGBII/SGBIII-MELDEWESEN HINSICHTLICH**
6 **WIRKSAMKEIT UND SINN HINTERFRAGEN**

7
8 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

9
10 Die SPD-Bundestagsfraktion soll die massive Sanktionierung von ALG-II-Empfängern aufgrund von Meldeversäumnissen kritisch hinterfragen und auf Basis der Ergebnisse Alternativen für den Umgang mit dem Meldewesen der Arbeitsagenturen erarbeiten. Dies soll gerade auch anhang folgender Fragen geschehen:

- 16
- 17 ■ Welche Arten von Melde-Versäumnissen wurden sanktioniert?
 - 18
 - 19 ■ Wie viel Arbeitsaufwand entfällt auf diese Sanktionen?
 - 20 ■ Wie viele Stellen hätten in dieser Zeit vermittelt werden können?
 - 21
 - 22 ■ Wie hoch waren die Sanktionskosten im Vergleich zu den gesparten Ausgaben?
 - 23
 - 24 ■ Welchen Prozentsatz der gezahlten Leistungen macht die Sanktion aus und über welchen Zeitraum wird sanktioniert? Ist das existenzbedrohend?
 - 25
 - 26
- 27

28
29 Begründung:

30
31 Ungefähr 75 % der Sanktionen von Leistungsempfängern nach SGBII und SGB III sind auf Meldeversäumnisse zurückzuführen. Im Durchschnitt wird jeder ALG-II-Empfänger einmal jährlich aufgrund von Meldeversäumnissen sanktioniert. Dies trifft sowohl auf Oldenburg als auch bundesweit zu. Es ist anzunehmen, dass diese Sanktionen oftmals aufgrund vernachlässigbarer Vergehen erfolgen und einen für die Allgemeinheit unzumutbar hohen bürokratischen Aufwand nach sich ziehen.

40
41 In Hinblick auf die 1 Mrd. Euro, die laut Presseberichten zusätzlich von den Verwaltungen der Arbeitsagenturen benötigt werden, anstatt sie in Arbeitsmarktmaßnahmen (z. B. Weiterbildungen) für die Arbeitslosen zu investieren, stellt sich die Frage nach dem Sinn und der Wirksamkeit von Sanktionen bei Meldeversäumnissen.

42
43
44
45
46
47

48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74

Quellenangaben:

Arbeitslosenzahlen Oldenburg/Stadt:

<https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Niedersachsen/Oldenburg-Stadt-Nav.html>

Sanktionen SGBII Deutschland, November 2018 (Excel-Tabellen, 2.1)

https://www.statistik.arbeitsagentur.de/nn_1021952/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Suchergebnis_Form.html?view=processForm&resourceId=210358&input_=&pageLocale=de&topicId=1023376®ion=&year_month=201811&year_month.GROUP=1&search=Suchen

Sperrzeiten nach Gründen und Geschlecht, Land Niedersachsen Februar 2019 (Excel-Tabellen, Tab_12)

https://www.statistik.arbeitsagentur.de/nn_32010/SiteGlobal/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=17716&year_month=201812&year_month.GROUP=1&search=Suchen

Weiterleiten an: SPD Bundestagsfraktion, MdB Dennis Rohde

1 **Antrag Nr. S 5....**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **AfA Oldenburg-Stadt**

5 **EIN EINHEITLICHES RENTENSYSTEM FÜR ALLE**

6
7 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8
9 Der Leitantrag zum Thema Soziales wird im Kapitel zur
10 Rente (Zeile 313 ff.) an passender Stelle wie folgt ergänzt:

11
12 *Die SPD Oldenburg bekennt sich zu ihrer Forderung nach*
13 *einer einheitlichen und verpflichtenden gesetzlichen Ren-*
14 *tenversicherung für alle Erwerbstätigen, in das alle Er-*
15 *werbstätigen (also auch Selbständige, Beamte, Abgeordne-*
16 *te etc.) gleichermaßen einzahlen und das einen deutlich*
17 *höheren Rentenanspruch begründet, wie es in der UB-*
18 *Vorstandssitzung am 05.12.2016 beschlossen wurde.*

19
20 *Wir werden die Umsetzung dieses Ziels vorantreiben, da*
21 *dies ein wesentlicher Meilenstein zu sozialer Gerechtigkeit*
22 *im Alter und zur Verhinderung von Altersarmut ist. Beispiele*
23 *wie Österreich und die Niederlande machen vor, dass*
24 *selbst unter ungünstigen demographischen Bedingungen*
25 *bei einem einheitlichen und fairen System Rentenansprü-*
26 *che von bis zu 70 % des letzten Einkommens weiterhin*
27 *möglich sind.*

28
29
30 Begründung:

31
32 Am 05.12.2016 wurden im Unterbezirksvorstand im Rah-
33 men einer turnusmäßigen Sitzung vier Anträge zur Stär-
34 kung der gesetzlichen Rentenversicherung verabschiedet.
35 Mit ihnen wurde die Forderung nach einem einheitlichen
36 gesetzlichen Rentensystem mit paritätischer Finanzierung
37 und höheren Ansprüchen gerade für niedrige Einkommen
38 als Position des UBs Oldenburg-Stadt festgeschrieben.
39 Hinzu kommen einige weitere Forderungen, um zum Bei-
40 spiel andere Einkommensformen zur Finanzierung heran-
41 zuziehen.

42
43 Diese Forderungen sollten sich zwingend – in verkürzter
44 Form – in einem Leitantrag zum Thema Soziales wiederfin-
45 den, um unsere Position zur Rente auch nach außen her-
46 vorzuheben.

Bemerkungen:

Annahme

48 Weiterleiten an:
49 - UB-Vorstand

1 **Antrag Nr. .S 6...**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **Jusos Oldenburg / Ammerland**

4

5 **KEHRTWENDE IN DER RENTENPOLITIK**

6

7 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8

9 Die maßgeblichen Positionen des Beschlusses zur Renten-
10 politik des SPD-Unterbezirks Oldenburg-Stadt vom
11 05.12.2016 (Anträge 1 – 4) sind entsprechend in den vor-
12 liegenden Leitantrag Soziales einzuarbeiten.

13

14

15

16

17

18

Begründung:

19

20 Die Beschlusslage zur Rentenpolitik gehört nach Meinung
21 der Jusos Oldenburg / Ammerland in den Leitantrag Sozia-
22 les.

23

24

weiteres ggf. mündlich

25

26

27

28

29

Weiterleiten an:

30

31

Bemerkungen:

*Erledigt durch
Antrag S5*

1 **Antrag Nr. V 1....**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **AG Verkehr**

5 **FAHRRADSTRAÙE ZWISCHEN SANDKRUG UND**
6 **OLDENBURG**

7
8 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

9
10 Die an der Stadtgrenze Oldenburgs am Sprungweg enden-
11 de Planung einer Fahrradstraße der Gemeinde Hatten vom
12 Bahnhof Sandkrug aus wird über die Innenstadt Oldenburgs
13 hinaus mit Anschluss an die Fahrradstraße nach Bad Zwi-
14 schenahn fortgeführt.

15
16 Die Trasse soll über den Dwaschweg, den „Radweg am
17 Utkiek“, den „Radweg am Osterburger Kanal“, entlang der
18 Innenstadt, über die „Fahrradstr. Haarenufer“ und später
19 über den Quellenweg bis zum Universitätscampus Wechloy
20 als Präferenzstrecke eines angestrebten Premiumnetzes
21 von FahrradstraÙen entsprechend komfortabel für das
22 Fahrradfahren ausgebaut werden.

23 Für eine Fortsetzung bis Bad Zwischenahn muss der Kon-
24 takt mit der dortigen Gemeinde aufgenommen werden.

25
26 Begründung:

27
28 Gemeinsam mit der Gemeinde Hatten wollen wir ein Zei-
29 chen für noch mehr Fahrradfreundlichkeit, den Klimaschutz,
30 die Gesundheit und auch die touristische Attraktivität der
31 Region setzen.

32 Die Maßnahme soll die angestrebte Verlagerung von MIV
33 auf das Fahrrad fördern und als eine erste Umsetzung des
34 dazu angestrebten Premiumnetzes entsprechend komforta-
35 bel ausgebaut werden.

36 Die zwischen Sandkrug und Oldenburg über den Dachsweg
37 führende Strecke bietet sich dafür in besonderer Weise an.
38 Sie wird bereits heute von vielen Pendlern und Touristen
39 auf dem Fahrrad genutzt. Der für eine Weiterführung prä-
40 destinierte Dwaschweg ist allerdings teilweise schlecht be-
41 fahrbar. Für die Fortsetzung in Richtung Innenstadt sollte
42 nach Möglichkeit eine durchgehend sichere, beleuchtete
43 und attraktive Fahrradverbindung auf Asphalt geschaffen
44 werden von der auch eine weitergehende Werbewirksam-
45 keit ausgehen sollte.

46
47 Weiterleiten an:

Bemerkungen:

Annahme mit Ä

*Weiterleitung an
die SPD Fraktion
im Stadtrat*

1 **Antrag Nr.V 2**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg-Stadt am 27.04.2019**

3 **Antragsteller: SPD-Ortsverein Stadtmitte Nord 1**

4

5 **ANTRAGSTITEL PARTEITAG VERKEHR**

6

7 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8

9 , dass Aufgrund der großen Bedeutung des Themas Ver-
10 kehr der Unterbezirk Oldenburg nach der Sommerpause
11 2019 einen Themenparteitag mit dem Schwerpunkt Verkehr
12 durchführen wird.
13
14

15

16

17

18 **Begründung**

19 Erfolgt mündlich
20
21
22
23

Unterschrift Vorsitzende/r Untergliederung

Bemerkungen:

*Ablehnung auf
Grund Beschluss-
lage UBV*

*Leitantrag Ver-
kehr liegt vor*

1 **Antrag Nr. .V 3...**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **Ortsverein II Stadtmitte-Süd**

4
5 **HALTEPUNKT DRIELAKE FÜR REGIO-S-BAHN**

6
7 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8
9 Die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen (LNVG)
10 und die Stadt Oldenburg werden aufgefordert, die Einrichtung
11 eines Haltepunkts für die Regio-S-Bahn an der Bahn-
12 strecke Oldenburg – Bremen südöstlich der Huntebrücke in
13 Drielake zu prüfen und umzusetzen.

14
15
16 Begründung:

17
18 Der Südosten Oldenburgs, namentlich die Stadtteile
19 Osternburg und Drielake, wächst wie der Rest der Stadt in
20 großem Tempo weiter. Viele Menschen pendeln von hier
21 aus in Richtung Bremen zur Arbeit. Wollen sie dies umwelt-
22 freundlich mit dem Zug tun, müssen sie erst äußerst um-
23 ständlich und langwierig zum Hauptbahnhof und dort um-
24 steigen.

25
26 Ein neuer Haltepunkt in Drielake würde die Nutzung der
27 Züge von und nach Bremen erheblich attraktiver machen
28 und so für Umweltentlastung und Zeitersparnis bei den Be-
29 troffenen sorgen. Platz hierfür ist zwischen Stedinger Stra-
30 ße und Hemmelsbäker Kanalweg mehr als genug gegeben,
31 und auch eine Busanbindung ist realisierbar.

32
33 Durch eine Anbindung an die Regio-S-Bahn-Linie nach
34 Bremen (verdichteter Stundentakt) ergeben sich pro Tag bis
35 zu 45 Fahrtmöglichkeiten in beiden Richtungen und äußerst
36 konkurrenzfähige Fahrzeiten in die Bremer Innenstadt von
37 nur ca. 35 Minuten.

38
39 Hinreichende Nachfrage würde sich allein aus der dichten
40 Wohnbebauung südlich der Bahnstrecke ergeben. Ein zu-
41 sätzlicher Halt in Drielake würde weder zu nennenswerten
42 Fahrzeitverlängerungen auf der Gesamtstrecke noch zu
43 neuen Trassenkonflikten im Umfeld des Hauptbahnhofs
44 führen.

Bemerkungen:

*Annahme mit Ä
Ersetze Z 9-10
durch „Wir for-
dern die Einrich-
tung eines Halte-
punktes“*

1 **Antrag Nr.U1**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **OV III Nordwest**

5 **FORSCHUNGS- UND ENTWICKLUNGSMITTEL IN**
6 **DER AUTOINDUSTRIE RICHTIG EINSETZEN**

7
8 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

9
10 die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD - Landtagsfrakti-
11 on sich dafür einsetzt, dass
12 die finanziellen Mittel für die Forschung und Entwicklung
13 von Dieselmotoren der vergangenen 20 Jahre eruiert wer-
14 den und von den Zuwendungsempfängern (Autoindustrie
15 und Zulieferer) zurückgefordert werden.

16
17 Des Weiteren werden die SPD Bundestagsfraktion und die
18 SPD Landtagsfraktion aufgefordert, die Mittel für Forschung
19 und Entwicklung für wasserstoffbetriebene Antriebssysteme
20 deutlich besser zu fördern und dafür Sorge zu tragen, dass
21 wasserstoffbetriebene Fahrzeuge innerhalb der kommen-
22 den 10 Jahre für „Endkunden“ marktreif werden.

23
24
25 **Begründung:**

26
27 Der Dieselskandal hat unter anderem zu mehr Unglaub-
28 würdigkeit der Politik geführt. Verursacher*innen des Skan-
29 dals wurden bisher nicht entsprechend zur Rechenschaft
30 gezogen.

31
32 Unternehmen der Autoindustrie haben Endverbraucher (lt.
33 Berichten) betrogen und Kommunen in Mitleidenschaft ge-
34 zogen.
35 Letztlich wurden finanzielle öffentliche Mittel für Forschung
36 und Entwicklung zweckfremd missbraucht.

37
38 Auch die massive Unterstützung von E-Mobilität ist sehr kri-
39 tisch zu betrachten. Die notwendigen Metalle wie Lithium
40 und Kobalt werden überwiegend unter umweltpolitisch
41 fragwürdigen, menschenunwürdigen und kriegerischen
42 Auseinandersetzungen gewonnen.

43
44 Nach heutigen Erkenntnissen ist der wasserstoffbetriebene
45 Antrieb umweltfreundlicher und unter menschwürdigeren
46 Umständen deutlich ausbaufähiger.

Bemerkungen:
Ohne Empfehlung
der AK

48	Weiterleitung an
49	SPD Bundestagsfraktion
50	SPD Landtagsfraktion
51	

1 **Antrag Nr. W 1....**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **SPD AG 60plus**

4
5 **FÖRDERMAßNAHMEN FÜR KLEINE WIND-KRAFT-**
6 **ANLAGEN/SOLARANLAGEN FÜR PRIVATE**
7 **ANWENDER ENTWICKELN**

8
9 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

10
11 Die SPD AG 60plus fordert die Stadtverwaltung auf, ein at-
12 traktives kommunales Förderprogramm für die Installation
13 von genehmigungsfreien Kleinkraftwindanlagen und Solar-
14 anlagen zu entwickeln. Das Programm sollte vor allem für
15 private Haushalte gelten.

16
17
18 Begründung:

19
20 Der Erfolg der eingeleiteten Energiewende hängt maßgeb-
21 lich davon ab, wie schnell es gelingt, den Anteil an Erneuer-
22 baren Energien am bundesdeutschen Strommix zu erhöhen.
23

24 Daher sollte der Bau von Kleinkraftwindanlagen und Solar-
25 anlagen privater Haushalte durch die Kommune gefördert
26 werden. Das vorrangige Ziel dieser Anlagen ist die Verwen-
27 dung des selbst erzeugten Stroms und damit eine Reduzie-
28 rung des ansonsten aus dem öffentlichen Netz bezogenen
29 Stroms.

30 Nach dem Prinzip „vom Strom-Konsumenten zum Strom-
31 Produzenten“.

32 Das Förderprogramm stellt eine intelligente Ergänzung des
33 bereits vorhandenen Energie- und Klimaschutzkonzeptes
34 (InEKK) 2020 der Stadt Oldenburg dar.
35

36
37
38 Weiterleiten an:

39
40 Rat der Stadt Oldenburg
41
42
43
44

Bemerkungen:

*Annahme mit fol-
genden Änderun-
gen:*

*In Z 11 „fordert
die SPD Landtags-
fraktion auf ...“*

*Weiterleitung an
SPD Fraktion im
Rat der Stadt Ol-
denburg
SPD Fraktion im
NDS Landtag*

1 **Antrag Nr. W 2....**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **SPD AG 60plus**

4

5 **AUSWEISUNG VON FLÄCHEN ZUR**
6 **INSTALLATION VON WINDKRAFTANLAGEN**
7 **(WKA)**

8

9 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

10

11 Die SPD Oldenburg fordert die Stadtverwaltung, beschleunigt mögliche Standorte für neue Windkraftanlagen zu identifizieren, auszuweisen und zu genehmigen.

12

13

14

15

16

Begründung:

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

Weiterleiten an:

31

32

Rat der Stadt Oldenburg

33

Bemerkungen:

Annahme mit Änderung

Die Fraktion fordert die Verwaltung auf...

1 **Antrag Nr. W 3...**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **SPD AG 60+**

5 **BESCHLEUNIGUNG DER ENTWICKLUNG VON**
6 **WASSERSTOFFBETRIEBENEN KRAFTFAHRZEUG-**
7 **EN**

8
9 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

10
11 Die SPD Oldenburg fordert eine massive Beschleunigung
12 der Entwicklung von wasserstoffbetriebenen Kraftfahrzeu-
13 gen und die Bereitstellung der hierfür notwendigen For-
14 schungs- und Entwicklungsmittel aus dem Bundeshaushalt.
15

16
17 Begründung:

18
19 Zur Erreichung der bundesweit vereinbarten Klimaziele
20 zählt eine Reduzierung der mit dem Individualverkehr ein-
21 her gehenden Schadstoffemissionen. Gegenwärtig wird vor
22 allem die Elektromobilität gefördert, obwohl die hierzu not-
23 wendige Lade-Infrastruktur nicht vorhanden ist und nur mit
24 einem sehr hohen zeitlichen, technischen- und finanziellen
25 Aufwand hergestellt werden kann. Zudem werden vor allem
26 für die Herstellung der Batterien wertvolle Ressourcen ver-
27 braucht (seltene Erden, Edelmetalle...) und neue Abhängig-
28 keiten geschaffen.

29 Die Wasserstofftechnologie hat in den letzten Jahren enor-
30 me Fortschritte erzielt; so ist es heute technisch machbar,
31 den gasförmigen Wasserstoff in einer Flüssigkeit chemisch
32 zu binden, die völlig gefahrlos über die vorhandene Infra-
33 struktur für mineralölbasierte Kraftstoffe verteilt werden
34 kann. Gleichzeitig könnten die vorhandenen Verbren-
35 nungsmotor-Technologien weiterhin verwendet werden. Ei-
36 ne gezielte Förderung dieser Technologien wird den Indust-
37 riestandort Deutschland nachhaltig stärken.

38 Der für den Verkehr eingesetzte Wasserstoff kann durch die
39 Nutzung regenerativer Energien erzeugt werden. Dadurch
40 ist es möglich, einen die Umwelt nicht belastenden ge-
41 schlossenen Energiekreislauf zu schaffen. Dies ist eine we-
42 sentliche Voraussetzung zur Erreichung der Klimaziele.
43

44 Weiterleiten an:

45
46 SPD Fraktion des Bundestages

Bemerkungen:

*Annahme mit fol-
gender Änderung:*

*Weiterleitung an
die SPD Landtags-
fraktion*

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

**Antrag Nr. W 4....
zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

OV Eversten

**KEINE BONITÄTSPRÜFUNG BEI INTERNET UND
TELEFON**

Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die Fraktion der SPD im Bundestag soll darauf hinwirken, dass ein rechtlicher Rahmen geschaffen wird, der alle Internet und Telefonanbieter dazu verpflichtet einen fairen Grundtarif ohne Bonitätsprüfung anzubieten.

Begründung:

Zur Zeit ist alleinig die Deutsche Telekom dazu verpflichtet einen Grundtarif mit Telefon und Internet ohne Bonitätsprüfung anzubieten. Dies sollte auf alle Anbieter ausgeweitet werden, da nicht an allen Orten eine akzeptabel Internetgeschwindigkeit durch die Deutsche Telekom gewährleistet werden kann. In der heutigen Zeit finden große Teile des soziokulturellen Lebens auch online statt und ohne einen Internetanschluss ist diese Teilhabe nicht gewährleistet. Für Strom und Heizung ist dies heute Standard, für Internet leider noch nicht.

Weiterleiten an:
SPD-Fraktion im Bundestag, Bundesparteitag der SPD

Bemerkungen:

Annahme

1 **Antrag Nr. .W 5...**
2 **zum UB-Parteitag Oldenburg am 27.04.2019**

3 **OV Eversten**

4
5 **NACHHALTIGER EINSATZ FÜR ERNEUERBARE**
6 **ENERGIE**

7
8 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

9
10
11 Die SPD-Fraktionen auf allen politischen Ebenen werden
12 aufgefordert

13
14 - sich noch nachhaltiger für den Gebrauch der Alternativ-
15 energie im Bereich Wärme, Verkehr, Strom und die Aufhe-
16 bung der Deckelung der genannten erneuerbaren Energie
17 einzusetzen, denn nur so sind die 100 Prozent erneuerba-
18 rer Energien in allen Bereichen zu nutzen

19
20 - die daraus entstehende hohe Wertschöpfung muss allen
21 Menschen gerecht und sozial zugute kommen, so dass wir
22 von den hohen Energieimporten nach und nach unabhängig
23 werden

24
25
26
27 Begründung:

28
29 Die Bestrebungen in der jetzigen Form reichen nicht aus.
30 Die Energiegewinnung (Strom) aus Sonne und Wind ist
31 konkurrenzlos günstig, denn es braucht keine fossile Ener-
32 gie wie Öl, Kohle und Gas. Dieser Verbrauch belastet das
33 Klima sehr stark mit noch unübersehbaren Folgen. Die da-
34 für notwendige Investition trägt sich selber. Die große Her-
35 ausforderung ist Verkehr, Raumheizung und elektrischer
36 Strom. Dieser Gesamtbedarf ist auf Dauer nicht durch fossi-
37 le Energie aufrechtzuerhalten. Das rechtfertigt in jedem Fall
38 die Investition und darf nicht politisch kleingeredet und es
39 muss jede technische Möglichkeit genutzt werden.

40
41
42
43
44 Weiterleiten an:
45 SPD-Fraktion im Bundestag, Bundesparteitag der SPD
46

Bemerkungen:
Annahme